

Richtlinie für die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH zur Förderung von Forschung, Technologie, Entwicklung und Innovation zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen (FFG-Missionen- Richtlinie)

der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und
Technologie und
der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

Die vorliegende Richtlinie basiert auf dem Bundesgesetz zur Errichtung der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (Forschungsförderungsgesellschaftsgesetz– FFGG), BGBl. I Nr.73/2004, in der jeweils geltenden Fassung und wurde im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen erlassen. Die Richtlinie wurde auf Basis der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung, VO (EU) Nr.651/2014, verlängert durch VO (EU) 2020/972 vom 2. Juli 2020, bei der Europäischen Kommission zur Freistellung angemeldet.

Inhalt

| | | |
|------------|--|-----------|
| 1 | Präambel | 5 |
| 1.1 | Ausgangslage und Motiv | 5 |
| 1.2 | Ziele | 8 |
| 1.2.1 | Regelungsziele..... | 8 |
| 1.2.2 | Strategische Zielsetzung..... | 8 |
| 1.2.3 | Operative Ziele | 9 |
| 1.3 | Förderungsgegenstand | 10 |
| 1.3.1 | Thema Energie- und Umwelttechnologien:..... | 11 |
| 1.3.2 | Thema Mobilitätssystem..... | 12 |
| 1.3.3 | Thema Weltraum | 14 |
| 1.3.4 | Thema Digitale Technologien..... | 15 |
| 1.3.5 | Thema Produktionstechnologien..... | 17 |
| 1.3.6 | Thema Life Sciences | 18 |
| 1.4 | Projektarten | 19 |
| 1.5 | Evaluierung und Indikatoren | 19 |
| 2 | Rechtsgrundlagen | 20 |
| 2.1 | Nationale Rechtsgrundlagen | 20 |
| 2.2 | Europarechtliche Grundlagen | 20 |
| 3 | Förderungswerbende, Förderungsart | 21 |
| 3.1 | Förderungswerbende | 21 |
| 3.1.1 | Formelle Voraussetzungen | 21 |
| 3.1.2 | Einschränkungen des Kreises der Förderungswerbenden..... | 22 |
| 3.1.3 | Solidarhaftung..... | 22 |
| 3.1.4 | Konsortialvorhaben..... | 23 |
| 3.2 | Förderungsart | 23 |
| 4 | Förderbare Kosten, Förderungshöhe und Förderungsintensität – Regelungen für Beihilfen und für nicht beihilferelevante Förderungen | 23 |
| 4.1 | Allgemeine Regelungen zu förderbaren Kosten | 23 |
| 4.1.1 | Personalkosten..... | 25 |
| 4.1.2 | Kosten für Instrumente und Ausrüstungen | 25 |
| 4.1.3 | Kosten für Gebäude und Grundstücke | 25 |
| 4.1.4 | Reisekosten | 26 |
| 4.1.5 | Kosten für Auftragsforschung, Studien, Wissen und Patente | 26 |
| 4.1.6 | Sonstige Sachkosten..... | 26 |
| 4.1.7 | Zusätzliche vorhabensbezogene Gemeinkosten..... | 26 |
| 4.1.8 | Kofinanzierung aus EU-Mitteln | 26 |
| 4.2 | Maximale Beihilfeintensitäten und beihilfefähige Kosten | 27 |
| 4.2.1 | Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen (Art. 25 AGVO)..... | 27 |
| 4.2.2 | Beihilfen im Rahmen von kofinanzierten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (Art. 25c) 28 | |

| | | |
|-------------|--|-----------|
| 4.2.3 | Investitionsbeihilfen für Forschungsinfrastrukturen (Art. 26 AGVO) | 29 |
| 4.2.4 | Beihilfen für Innovationscluster (Art. 27 AGVO) | 30 |
| 4.2.5 | Innovationsbeihilfen für KMU (Art. 28 AGVO) | 31 |
| 4.2.6 | Beihilfen für Prozess- und Organisationsinnovationen (Art. 29 AGVO) | 32 |
| 4.2.7 | Ausbildungsbeihilfen (Art. 31 AGVO) | 32 |
| 4.3 | Nicht beihilferelevante Förderungen | 33 |
| 5 | Ablauf der Förderungsgewährung | 34 |
| 5.1 | Aufforderung zur Einreichung von Förderungsanträgen | 34 |
| 5.2 | Einreichung der Förderungsanträge | 34 |
| 5.3 | Prinzipien für Bewertungs- und Auswahlverfahren | 35 |
| 5.4 | Bewertungs- und Entscheidungskriterien | 38 |
| 5.5 | Förderungsentscheidung | 38 |
| 5.6 | Förderungsverträge | 39 |
| 5.6.1 | Musterförderungsverträge | 39 |
| 5.7 | Allgemeine Förderungsvoraussetzungen | 39 |
| 5.7.1 | Gesamtfinanzierung der Leistung | 39 |
| 5.7.2 | Anreizeffekt | 40 |
| 5.7.3 | Förderungszeitraum | 40 |
| 5.7.4 | Allgemeine Förderungsbedingungen | 40 |
| 6 | Kontrolle, Auszahlung und Evaluierung | 42 |
| 6.1 | Kontrolle | 42 |
| 6.1.1 | Kumulierung und Mehrfachförderung | 42 |
| 6.1.2 | Kontrolle der widmungsgemäßen Verwendung der Förderungsmittel | 43 |
| 6.1.3 | Einstellung der Förderung und Rückzahlung | 44 |
| 6.2 | Auszahlung | 46 |
| 6.3 | Evaluierung des Beitrags der geförderten Projekte | 47 |
| 6.4 | Darstellung der Forschungsergebnisse | 47 |
| 6.5 | Berichterstattung an die Bundesministerin oder den Bundesminister | 47 |
| 6.6 | Veröffentlichung | 47 |
| 6.7 | Datenschutz | 47 |
| 7 | Geschlechtssensible Sprache | 49 |
| 8 | Geltungsdauer, Übergangs- und Schlussbestimmungen | 49 |
| 9 | Gerichtsstand | 50 |
| 10 | Anhang | 50 |
| 10.1 | Begriffsbestimmungen und Spezifika für Beihilfen für Forschung und Entwicklung und Innovation sowie für Ausbildung (AGVO) | 50 |
| 10.2 | Weitere Begriffsbestimmungen | 53 |

1 Präambel

1.1 Ausgangslage und Motiv

Die Strategie der Bundesregierung für Forschung, Technologie und Innovation 2030 (in weiterer Folge FTI-Strategie) verfolgt einen umfassenden Ansatz, der vom Bildungs- über das Wissenschaftssystem bis zu den Innovationspotenzialen in der österreichischen Wirtschaft reicht.

Besonderes Augenmerk sollte auf die Stärkung und den Ausbau der angewandten Forschung als Brückenfunktion zwischen Grundlagenforschung und dem Bedarf aus Wirtschaft und Gesellschaft gelegt werden, wobei die Schwerpunktsetzung mit den relevanten Stakeholdern abzustimmen ist. So können z. B. die Klimaziele nur durch einen wesentlichen Beitrag von Forschung, Technologie und Innovation erreicht werden.

Die FTI-Strategie 2030 beruht auf einem klaren Bekenntnis zur Effizienz und Output-Steigerung im System. Alle dabei wirksamen Instrumentarien sollen kombiniert werden und maßgeblich zu einer Steigerung der Wirtschaftsleistung, des Wohlstands und der Lebensqualität Österreichs als Wissensgesellschaft beitragen. Darüber hinaus hat sich Österreich zur Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und ihrer 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) bekannt. Das Innovationspotenzial der SDGs in Verbindung mit nachhaltigen Technologien stellt eine große Chance für die heimische Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft dar und bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für die Bereiche Forschung, Technologie und Innovation.

Dabei ist im Besonderen der europäische Kontext der im Rahmen von Horizon Europe und des Europäischen Forschungsraums festgelegten Themenschwerpunkte „Klima, Energie und Mobilität“, „Digitalisierung, Industrie und Weltraum“, „Gesundheit“, „Inklusive Gesellschaft“, „Natürliche Ressourcen“, „Zivile Sicherheit für die Gesellschaft“ hervorzuheben, die auf gesellschaftliche Herausforderungen (societal challenges) und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet sind. Der Beitrag zu einer stärkeren Missionsorientierung in der FTI und zu den europäischen FTI-Partnerschaften, sowie zu zentralen politischen Prioritäten, wie dem European Green Deal und der Digital Agenda Europe sollten ebenfalls angesprochen werden.

Ein funktionierendes und fortschrittliches FTI-Ökosystem stellt damit ein großes gesellschaftliches Gut dar, in welches aufgrund von Marktversagen und strukturellen Hürden in wettbewerbsorientierten Märkten zu wenig investiert wird, weil die Investitionen sehr hoch, die Ergebnisse ungewiss und von deren Urhebern nicht direkt und ausschließlich wirtschaftlich nutzbar sind.

Neben Markt- und Systemversagen entstehen im Hinblick auf immer drängender werdende gesellschaftliche Herausforderungen spezifische Ansprüche an die FTI-Politik, um dem bisherigen Transformationsversagen entgegenzuwirken. Dazu gehört etwa die Koordination von verschiedenen Politikbereichen, eine stärkere Artikulierung der Nachfrage nach nachhaltigen In-

novationen und eine stärkere Reflexivität gegenüber bisherigen Ergebnissen und Entwicklungen in Zusammenhang mit FTI-politischem Handeln. Es besteht also ein Bedarf an staatlichen Förderungen im FTI-Bereich um Marktversagen zu beheben, Strukturen aufzubauen und Maßnahmen zu setzen um eine Transformation zur Stärkung von Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit und Klimaneutralität von Wirtschaft und Gesellschaft effektiver und effizienter als bisher voranzutreiben.

Da die Berücksichtigung von langfristigen Auswirkungen wirtschaftlichen Handelns und gesellschaftlicher Bedürfnisse, die nicht hinreichend in Preisen (z.B. CO₂-Steuern) abgebildet werden, durch den Markt nicht geleistet werden kann und darüber hinaus FTI-Aktivitäten häufig mit hohen Investitionen und ungewissen Ergebnissen verbunden sind, besteht an dieser Schnittstelle ein Bedarf an staatlichen Förderungen. Das Tätigwerden in diesem Zusammenhang kann durch den Begriff der **Missionen** beschrieben werden, der für die Zwecke dieser Richtlinie wie folgt charakterisiert wird:

- Mit Missionen sollen gesellschaftliche Herausforderungen bewältigt und langfristig ein Systemwandel vorangetrieben werden.
- Es besteht ein konkretes gesellschaftliches oder technologisches Bedürfnis, das durch staatliches Handeln adressiert wird.
- Es handelt sich hierbei um weitreichende und komplexe Herausforderungen mit wesentlichen gesellschaftlichen und/oder ökonomischen Auswirkungen.
- Der Erfolg der Mission wird anhand von quantitativen oder qualitativen Indikatoren gemessen. Diese dienen der Abbildung des geleisteten Beitrages und der Standortbestimmung der jeweiligen Mission. Eine Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen kann i.d.R. durch FTI-Aktivitäten alleine nicht herbeigeführt werden.
- Missionen bedürfen häufig eines transdisziplinären Ansatzes und der Vernetzung von Akteuren aus unterschiedlichen Sektoren und Entwicklungsstadien (von der Forschung in die Umsetzung). Dies soll auch der Mobilisierung gesellschaftlicher Akteure dienen und zur Beteiligung am Innovationsprozess ermutigen.

Die Forschungspolitik auf europäischer und nationaler Ebene verfolgt aktuell eine auf Schwerpunkten beruhende missionsorientierte Innovationspolitik, d.h. eine Innovationspolitik, die Innovationen nicht allein als Mittel zur Steigerung von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sieht, sondern gezielt zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen soll. Das Konzept hat Eingang in das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizon Europe oder die FTI-Strategie 2030 der Bundesregierung gefunden. Dieser neue Ansatz benötigt eine Richtlinienstruktur, die eine themenübergreifende Schwerpunktsetzung zulässt. Durch missionsorientierte FTI-Förderung soll letztlich für alle Personen klar ersichtlich werden, was staatlich geförderte Aktivitäten im Bereich der anwendungsorientierten Forschung, Technologieentwicklung und Innovation in ihrem Leben und in der Gesellschaft als Ganzes bewirken können. Durch

die Orientierung an gesellschaftlichen Herausforderungen können unterschiedliche Förderungsinstrumente in abgestimmter Weise und unter Nutzung von Synergien zur Verfolgung eines gemeinsamen Ziels eingesetzt werden.

Die unter 1.4. angeführten Projektarten werden im Rahmen dieser Richtlinie ausschließlich in den unter 1.3. angeführten Themen- oder Schwerpunktbezogenen Förderungsgegenständen ausgeschrieben (Top-Down-Ansatz). Beim "Top-down"-Ansatz (von oben vorgegeben) werden die Förderungen in den Themen gemäß 1.3. und den gemäß Finanzierungsvereinbarung konkretisierten Ausschreibungen vergeben. Die Auswahl der zu fördernden Projekte erfolgt entsprechend der zu den Projektarten definierten Bewertungs- und Auswahlverfahren – und auf Basis des Beitrags der Projekte zu den jeweiligen themenspezifischen Ausschreibungsschwerpunkten.

Dies schließt nicht die „Bottom-Up“-Verwendung (auf Potenzial aufbauend, FTI-Strukturen fördernd, marktinduziert und grundsätzlich technologieneutral) der Projektarten im Rahmen anderer Richtlinien aus. Beispielsweise kann die Projektart „Personen“ ebenso auf Basis der Humanpotenzial-Richtlinie gefördert werden. Hier ist allerdings das primäre Ziel eine breite Basis an gut ausgebildeten Personen zu erhalten, indem Menschen beim Aufbau und der Weiterentwicklung von Qualifikationen unterstützt werden und nicht die Bewältigung von gesellschaftlichen Herausforderungen.

Die **gesellschaftlichen Herausforderungen**, zu denen die auf Basis der gegenständlichen Richtlinie¹ geförderten Projekte beitragen sollen, sind:

1. Sichere, saubere und effiziente Energiesysteme
2. Klimaneutrales Mobilitätssystem
3. Klima- und Umweltschutz, Ressourceneffizienz und nachhaltige Rohstoffnutzung
4. Digitale Transformation und Weiterentwicklung von Schlüsseltechnologien²
5. Inklusive, innovative und verantwortungsbewusste Wirtschaft und Gesellschaft
6. Life Sciences, Gesundheit und demographischer Wandel

¹ Als Basis für die Definition der gesellschaftlichen Herausforderungen für die Zwecke dieser Richtlinie wurden internationale und europäische Strategiepaper (Agenda 2030, Horizon Europe, Horizon 2020, European Green Deal) herangezogen. Die Beurteilung der Ausschlusswürdigkeit klima- und umweltschädlicher Projekte erfolgt unter sinngemäßer Berücksichtigung der Bekanntmachung der Kommission „Technische Leitlinien für die Anwendung des Grundsatzes der „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ im Rahmen der Verordnung zur Einrichtung einer Aufbau- und Resilienzfazilität“; C(2021) 1054; https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/c_2021_1054_de.pdf. Ausschlaggebend für die Beurteilung ist die Projektebene.

² Definition gem. Horizon 2020 als Key Enabling Technologies: Nanotechnologie, Mikro- und Nanoelektronik, Photonik, Werkstoffe, Biotechnologie, Produktion. Grundlage für den Fortschritt in diesen Technologiebereichen ist die Digitalisierung. Unter Schlüsseltechnologien werden Technologien verstanden, die eine Schlüsselstellung einnehmen, da sie (in Zusammenhang mit gesellschaftlichen Herausforderungen wie z.B. Umweltschutz) neue Absatzmärkte eröffnen und darüber hinaus die Voraussetzung für die Realisierung anderer Technologien sind.

1.2 Ziele

1.2.1 Regelungsziele

Die in dieser Richtlinie festgelegten Rahmenbedingungen für die Förderungsvergabe haben das Ziel, bei der Verfolgung der strategischen Ziele eine transparente, unabhängige und faire Durchführung dieser Förderungen sowie die Einhaltung der Vorschriften auf nationaler und europäischer Ebene zur Vergabe von Beihilfen und Förderungen zu gewährleisten. Diese sind die Regelungsziele, die jeglicher Vergabe von Förderungen zur Erreichung der strategischen Ziele zugrunde liegen und als notwendige Bedingung für deren Durchführung zu verstehen sind.

1.2.2 Strategische Zielsetzung

Für die strategische Zielsetzung der vorliegenden Richtlinie sind die folgenden übergeordneten FTI-politischen bzw. haushaltsrechtlichen Festlegungen handlungsleitend:

FTI-Strategie

Die FTI-Strategie gibt in Form von übergeordneten Zielen die strategische Richtung für die kommenden zehn Jahre vor, um (1) zum internationalen Spitzenfeld aufzuschließen und den FTI-Standort Österreich zu stärken, (2) den Fokus auf Wirksamkeit und Exzellenz zu richten sowie (3) auf Wissen, Talente und Fertigkeiten zu setzen. Die im Rahmen dieser Richtlinie durchgeführten Förderungen sollen insbesondere zur Umsetzung folgender Handlungsfelder der FTI-Strategie 2030 beitragen:

- Ziel 1, Handlungsfeld 1.2. „Beteiligung an EU-Missionen, EU-Partnerschaften“ und Handlungsfeld 1.3. „Internationalisierung fördern und strategisch ausrichten“
- Ziel 2, Handlungsfeld 2.2. „Die angewandte Forschung und ihre Wirkung auf Wirtschaft und Gesellschaft unterstützen“
- Ziel 2, Handlungsfeld 2.3. „FTI zur Erreichung der Klimaziele“

Angaben zur Haushaltsführung im Rahmen der Wirkungsorientierung (ressortspezifisch)

Die Angaben zur wirkungsorientierten Haushaltsführung dienen der Verknüpfung von strategisch-politischen Schwerpunkten mit Ressourcen im Budget. Die angestrebten Ziele, ergänzt durch Umsetzungsmaßnahmen und Angaben zur Erfolgsmessung, dienen der Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Effizienz und Effektivität für Politik, Verwaltung und interessierte Öffentlichkeit.

Die auf Basis dieser Richtlinie geförderten Vorhaben tragen zur Erfüllung der Wirkungsziele der richtlinienverantwortlichen Ministerien bei. Dies sind insbesondere:

- Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie – **UG 34 „Innovation und Technologie“**

Wirkungsziel 2:

„Entwicklung von modernen, effizienten, leistungsfähigen und sicheren Technologien zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Zukunftsherausforderungen, wie Klimawandel und Ressourcenknappheit (societal challenges)“

- Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort – **UG 33 „Wirtschaft (Forschung)“**

Wirkungsziel 1:

„Stärkung der Innovationskraft der österreichischen Unternehmen mit einem Fokus auf Digitalisierung durch weitere Intensivierung der Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft, durch Verbreiterung der Innovationsbasis und durch Ausbau des Technologietransfers“

Aus den angeführten handlungsleitenden Festlegungen ergibt sich für diese Richtlinie folgende strategische Zielsetzung:

Förderungen, die auf Grundlage dieser Richtlinie vergeben werden, haben das Ziel, die Entwicklung von fortschrittlichen, nachhaltigen und leistungsfähigen Technologien und Lösungen zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Zukunftsherausforderungen zu ermöglichen. Neben der Verfolgung dieser primären Zielsetzung wird durch die geförderten Projekte auch ein Beitrag zu folgenden Zielen geleistet:

- Vorteilhafte Positionierung des Wissenschafts-, Forschungs- und Wirtschaftsstandorts Österreich im internationalen Wettbewerb
- Stärkung der Innovationskraft des österreichischen FTI-Ökosystems durch Integration von Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft über die gesamte Bandbreite von technischen, sozialen und organisatorischen Kontexten hinweg

Darüber hinaus ist die Gleichstellung von Frauen und Männern eine durchgängige Anforderung an die geförderten Vorhaben.

Die Ziele müssen in nachvollziehbarer Weise begründet sein, operationalisierbar und deren Erreichung qualitativ bzw. quantitativ überprüfbar sein.

1.2.3 Operative Ziele

Um die strategischen Ziele im Sinne der unter 1.1. beschriebenen Missionen effizient und effektiv zu verfolgen, bedarf es einer weiteren Konkretisierung in Form operativer Ziele. Dies ist notwendig, um Prioritäten zu setzen, auf Entwicklungen (z.B. auf gesellschaftlicher Ebene, in anderen Politikbereichen, auf europäischer Ebene, etc.) reagieren und die Zielverfolgung in transparenter und aussagekräftiger Art und Weise nachvollziehen zu können.

Mit der vorliegenden Richtlinie werden für alle unter Punkt 1.1. (Unterpunkte 1-6) genannten gesellschaftlichen Herausforderungen folgende operative Ziele verfolgt:

1. Verbesserung der Lösungskapazitäten des Innovationssystems zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen durch Steigerung der Quantität und Qualität von anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung
2. Beitrag zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen durch die Entwicklung und Implementierung von neuen Produkten, Verfahren, Dienstleistungen oder anderer Innovationen
3. Ausweitung der Innovationsbasis und breite Nutzung von Forschungskompetenz in Forschungseinrichtungen und Unternehmen durch kooperative FTI-Projekte

1.3 Förderungsgegenstand

Gefördert werden Vorhaben, die

- einen Beitrag zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen leisten
- im Bereich der anwendungsorientierten Forschung, Entwicklung und Innovation durchgeführt werden
- der Entwicklung von innovativen Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen dienen
- insbesondere als inter- oder transdisziplinäre kooperative Vorhaben durchgeführt werden
- sektorübergreifende, gesamthafte Lösungen ermöglichen
- der Erprobung künftiger Rahmenbedingungen dienen

Zu Verfolgung der operativen Ziele werden Vorhaben insbesondere in folgenden Themen gefördert, die einen Beitrag zur Bewältigung der unter 1.1. definierten gesellschaftlichen Herausforderungen leisten. Die Themen sind nicht disjunkt voneinander zu betrachten. Es ist auch möglich, Förderungsmaßnahmen in einem inhaltlichen Schwerpunkt, in dem mehrere Themen involviert sind, gemeinsam zu setzen. Die nachfolgend genannten Themen 1 bis 3 und 5 werden insbesondere durch das BMK verfolgt, die Themen 4 und 6 betreffen beide Ressorts. Ausschreibungen auf Basis dieser Richtlinie erfolgen komplementär zu anderen Förderungsmöglichkeiten. Die Konkretisierung der nachfolgend genannten Themenfelder erfolgt in den Finanzierungsvereinbarungen als Subthema. Ein Themenfeld kann einem Subthema entsprechen, kann aber auch weiter gefasst sein.

Zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen wie den Klimawandel sind gezielte Maßnahmen in missionsgetriebenen Themen wie Energie und Mobilität im Zusammenspiel mit Schlüsseltechnologien erforderlich, um ein einheitliches, sich ergänzendes System zu ergeben.

Dabei ist die europäische und internationale Positionierung und Teilnahme an europäischen/internationalen Forschungsk Kooperationen komplementär zu nationalen Förderungen und Begleitmaßnahmen von Bedeutung.

1.3.1 Thema Energie- und Umwelttechnologien:

Das Thema trägt insbesondere zur gesellschaftlichen Herausforderung „Sichere, saubere und effiziente Energiesysteme“ (siehe 1.1. Punkt 1) bei.

Insbesondere zu folgenden Themenfeldern werden auf Basis dieser Richtlinie Förderungen vergeben:

- **Gebäude und urbanes System**
 - Entwicklung von prototypischen systemischen Modelllösungen, die für großflächige, regionale Anwendungen skalierbar sind
 - Digitalisierung von Planungs-, Bau- und Betriebsprozessen
 - Klimaneutrale Gebäude und Quartiere
 - Systemintegration
 - Innovative Sanierung
- **Energiesysteme und Netze**
 - Leistungsfähigkeit, Konnektivität und Konvergenz von Energienetzen bei gleichzeitiger Integration von nachhaltigen Energiequellen aufrechterhalten und stärken
 - Flexibilisierung und lokale/regionale Integration von Erneuerbaren Energieträgern
 - Intelligente, Integrierte Energiesysteme und Sektorkopplung
 - Speicherlösungen
 - Digitalisierung in der Energiewirtschaft zur notwendigen Verständigung innerhalb der Infrastruktur, transsektoral zwischen den Netzen und mit allen anderen neuen Akteuren fördern; Entwicklung von transdisziplinären Smart-Grid und Smart-Energy-Systemlösungen
- **Dekarbonisierung der Industrie**
 - Entwicklung von effizienten und nachhaltigen Lösungen für Energieträger und -systeme, Erhöhung der Energieeffizienz in Prozessen und Verfahren
 - „Breakthrough“ Technologien für die CO₂ freie Industrie
 - Erneuerbare Energie für die Industrie
- **Enabling Technologies (Basistechnologien)**
 - Aufbau von FTI-Kompetenz in zentralen Technologiefeldern:
 - Solarthermie, Bioenergie, Wärmepumpen
 - Photovoltaik, Windenergie Wasserkraft
 - Wasserstoff und Brennstoffzellen, Geothermie, Speicher, Carbon Capture & Use

- **Kreislaufwirtschaft**

- Förderung von Vorhaben zur Transformation des linearen Wirtschaftssystems hin zur Kreislaufwirtschaft mit neuen technologischen Ansätzen und innovativen Lösungen
 - Vorhaben, die der Intensivierung der Produktnutzung dienen
 - Innovationen zur Optimierung des Ressourceneinsatzes
 - Entwicklung innovativer Lösungen zum Schließen von Stoffkreisläufen

Zur Umsetzung der oben beschriebenen Themenfelder werden insbesondere für folgende Vorhaben Förderungen vergeben:

- (Kooperative) Vorhaben, die Forschungsergebnisse, technologische Entwicklungen und Innovationen erbringen und diese in neuen, geänderten oder verbesserten Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen umsetzen
- Experimentierräume/großflächige Testregionen z.B.
 - 100%-Erneuerbare-Energie Reallabore
 - Urbane Reallabore
- Vorhaben im Rahmen strategischer Allianzen, Netzwerke und Umsetzungspartnerschaften
- Europäische und internationale Positionierung und Teilnahme an europäischen/internationalen Forschungsk Kooperationen z.B. Internationale Energieagentur, EU SET-Plan, etc; insbesondere: Aufbau der Horizon Europe Partnerships „Clean Energy Transition“ und „Driving Urban Transitions“

1.3.2 Thema Mobilitätssystem

Das Thema trägt insbesondere zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderung „Klimaneutrales Mobilitätssystem“, „Klima- und Umweltschutz, Ressourceneffizienz und nachhaltige Rohstoffnutzung“ und „Inklusive, innovative und verantwortungsbewusste Wirtschaft und Gesellschaft“ (siehe 1.1. Punkte 2, 3, 5) bei.

Insbesondere zu folgenden Themenfeldern werden auf Basis dieser Richtlinie Förderungen vergeben:

Mobilität:

- **Städte: urbane Mobilität klimaneutral gestalten:**
 - Entwicklung von innovativen Konzepten und Mechanismen für nachhaltige Nutzungsmuster und Verhaltensmuster im urbanen Mobilitätskontext
 - Schaffung von innovativen Angeboten für eine klimaneutrale urbane Mobilität als Beitrag zur Entwicklung von (inter)national neuen mobilitätsrelevanten Lösungen in Städten und Zentralräumen

- Entwicklung von innovativen Bausteinen (umfasst u.a. auch Einbindung von Bürger*innen, transformative Governance-Konzepte etc.) für eine integrative Nutzung von technologischen Lösungen und zukunftsichere Umgestaltung des Mobilitätssystems
- **Regionen: ländliche Räume mobilisieren und nachhaltig verbinden:**
 - Entwicklung von verkehrssparenden regionalen Strukturen, Mobilitätsmustern und Konzepten
 - Entwicklung von Innovationen zur klimafreundlichen Mobilitäts- und Standortsicherung in der Region, durch Verlagerung von Personenwegen und Gütertransporten auf energie- und ressourceneffiziente Beförderungsmittel bzw. durch Fortbewegung mittels post-fossiler und aktiver Mobilitäts- und Transportformen
 - Entwicklung von Innovationen für klimafreundliche überregionale Mobilität und Verkehrssysteme, zur Vermeidung und Verlagerung und klimafreundlichen Gestaltung überregionaler Verkehrsströme
- **Digitalisierung in der Mobilität:** Infrastruktur, Mobilitäts- und Logistikdienste effizient und klimaverträglich betreiben

Nutzung der Chancen des digitalen Wandels für mehr Effizienz und Effektivität im Mobilitäts- und Transportsystem, insbesondere um

- Verkehrsinfrastrukturen und Verkehrsflächen sicher, zuverlässig und nachhaltig zu betreiben
- die Voraussetzungen für sichere, klimaneutrale, zuverlässige und attraktive Mobilitäts- und Logistikdienste zu schaffen
- Daten des Mobilitätssystems nutzbar zu machen und in-wert-zu-setzen, zur Sicherstellung eines Informations- und Sicherheitsgewinns sowie nutzerorientierter Dienste für Stakeholder
- **Technologie: umweltverträgliche Verkehrstechnologien entwickeln**
 - Entwicklung von technologischen Systemlösungen, klimaneutralen Antriebssystemen sowie umweltverträglichen Komponenten
 - Innovative Technologien im Bereich automatisiertes, vernetztes sowie autonomes Fahren zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele
 - Etablieren von erneuerbarer und klimaneutraler Energieversorgung, Energieträger und Kreislaufwirtschaft im Mobilitätssystem

Luftfahrt:

- **Einbettung in (inter)nationale, klimafreundliche Wertschöpfungsketten in allen Sparten der Luftfahrt**
 - Innovationsdynamik durch F&E-Aktivitäten erhöhen

- Internationale Wettbewerbsfähigkeit des Sektors steigern
- Ökologisierung des Sektors vorantreiben und international aktiv mitgestalten
- **Transformation in einen digitalen, ökologischen Luftfahrtsektor**
 - Klimavorreiterrolle durch die Unterstützung heimischer Stärkefelder
 - Schlüsselkompetenzen in Österreich halten
 - Resilienz des Sektors stärken
- **Mitgestaltung eines klimafitten, sicheren und nutzerorientierten Luftverkehrssystems**
 - Nutzerorientierung und Human Factors
 - Schlüsseltechnologien und Systeminnovationen für Air Traffic Management und Unmanned Air Traffic Management
 - Dekarbonisierung und Sicherheit
- **Luftfahrtübergreifende Themenstellungen und Schnittstellen zu anderen Bereichen**
 - Neue Mobilitätslösungen, Intermodalität und sinnvolle Verlagerung von Luftfahrtprozessen
 - Barrierefreiheit und Nutzerfreundlichkeit
 - Energiebereitstellung, Kreislauffähigkeit & nachhaltige Produktion

Zur Umsetzung der oben beschriebenen Themenfelder werden insbesondere für folgende Vorhaben Förderungen vergeben:

- (Kooperative) Vorhaben, die Forschungsergebnisse, technologische Entwicklungen und Innovationen erbringen und diese in neuen, geänderten oder verbesserten Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen umsetzen
- Experimentierräume
- Vorhaben im Rahmen von Strategischen Allianzen und Umsetzungspartnerschaften
- Europäische und internationale Positionierung

1.3.3 Thema Weltraum

Das Thema trägt insbesondere zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen „Klima- und Umweltschutz, Ressourceneffizienz und nachhaltige Rohstoffnutzung“, „Digitale Transformation und Weiterentwicklung von Schlüsseltechnologien“ und „Inklusive, innovative und verantwortungsbewusste Wirtschaft und Gesellschaft“ (siehe 1.1. Punkte 3, 4, 5) bei.

Zu folgenden Themenfeldern werden auf Basis dieser Richtlinie Förderungen vergeben:

- Technologien für die Raumfahrt
 - Entwicklung von innovativen Technologien betreffend Bau, Betrieb und Nutzung von Satelliten und Trägersystemen
- Wettbewerbsfähiger österreichischer Raumfahrtsektor
 - Vernetzung der Unternehmen, sowohl national als auch international, insbesondere Integration in Forschungsvorhaben und Vernetzung auf europäischer Ebene
 - Aufbau von internationaler technologischer Kompetenz
 - Technologietransfer in größere – auch kommerzielle – Märkte
- Anwendung von satellitengestützten Technologien zur Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung auf der Erde und im Weltall
 - Entwicklung von Weltraumanwendungen, die die weltweite, kontinuierliche Überwachung von Wetter, Klima und Umwelt ermöglichen und damit eine wichtige Grundlage für die Lösung dringender gesellschaftlicher Aufgaben darstellen
 - Vorhaben, zur Entwicklung von Weltraumanwendungen, die verstärkt Eingang in das Alltagsleben finden und das Leben der Menschen unterstützen und erleichtern können z.B. weltraumbasierte Systeme als Basis für Anwendungen in den Bereichen Kommunikation, Verkehr, Energie bis hin zur Unterstützung bei Herausforderungen in Zusammenhang mit dem demographischen Wandel
- Weltraumforschung und Wissenschaft
 - Wissenschaftliche Exzellenz für die Erforschung des Weltalls und der Erde
 - Spezifisch ausgebildete Arbeitskräfte für den Weltraumsektor

Zur Umsetzung der oben beschriebenen Themenfelder werden insbesondere für folgende Vorhaben Förderungen vergeben:

- (Kooperative) Vorhaben, die Forschungsergebnisse, technologische Entwicklungen und Innovationen erbringen und diese in neuen, geänderten oder verbesserten Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen umsetzen
- Europäische und internationale Positionierung – Vernetzung, Beteiligung an gemeinsamen Vorhaben und Initiativen

1.3.4 Thema Digitale Technologien

Das Thema trägt insbesondere zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderung „Digitale Transformation und Weiterentwicklung von Schlüsseltechnologien“, „Inklusive, innovative und verantwortungsbewusste Wirtschaft und Gesellschaft“ und „Life Sciences, Gesundheit und demographischer Wandel“ (siehe 1.1. Punkte 4, 5, 6) bei.

Zu folgenden Themenfeldern werden auf Basis dieser Richtlinie Förderungen vergeben:

- **Technologieführerschaft und Exzellenz in den Informations- und Kommunikationstechnologien** – basierend auf Einhaltung der europäischen Gesetzgebung insbesondere im Hinblick auf Demokratie, Offenheit, Transparenz, Fairness, Privacy.
 - Steigerung der Quantität und Qualität der Forschung und Entwicklung von Digitalen Technologien, die dazu geeignet sind, Technologieführerschaft zu erringen und beizubehalten
 - Vorstoß in neue Forschungsthemen im Bereich der Digitalen Technologien ermöglichen (Key Enabling Technologies (KETs) und Future Emerging Technologies (FETs))
- **Wettbewerb, Wachstum in bestehenden und neuen Anwendungsfeldern**
 - Stärkung der Innovationsleistung österreichischer IKT-affiner Unternehmen im globalen Wettbewerb der Innovationen
 - Steigerung der Inanspruchnahme von europäischen IKT-Lösungen in Österreich
 - Unterstützung österreichischer KMU bei deren Innovationsfähigkeit und aktiven Teilnahme am digitalen Wandel
- **Neue Anwendungen im Bereich der Digitalen Technologien zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen**
 - Erhöhung der Lebensqualität, insbesondere im Gesundheitsbereich (Demographischer Wandel)
 - Ermöglichung sozialer Innovation, insbesondere durch Partizipation im Innovationsprozess
 - Artificial Intelligence für Anwendungen im Bereich Nachhaltigkeit

Zur Umsetzung der oben beschriebenen Themenfelder werden insbesondere für folgende Vorhaben Förderungen vergeben:

- (Kooperative) Vorhaben, die Forschungsergebnisse, technologische Entwicklungen und Innovationen erbringen und diese in neuen, geänderten oder verbesserten Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen anwendbar machen
- Unterstützung von IKT-affinen Unternehmen bei Gründung und Wachstum
- Nationale und internationale Vernetzung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie Integration in europäischen Forschungsinitiativen
- Aktive Einbeziehung von Anwender*innen und weiterer Stakeholder in den Entwicklungsprozess, um IKT-Lösungen zur Erhöhung der Lebensqualität zu entwickeln.

1.3.5 Thema Produktionstechnologien

Das Thema trägt insbesondere zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderung „Sichere, saubere und effiziente Energiesysteme“, „Klima- und Umweltschutz, Ressourceneffizienz und nachhaltige Rohstoffnutzung“ und „Digitale Transformation und Weiterentwicklung von Schlüsseltechnologien“ (siehe 1.1. Punkte 1, 3, 4) bei.

Zu folgenden Themenfeldern werden auf Basis dieser Richtlinie Förderungen vergeben:

- **Steigerung der Innovationsleistung der Österreichischen Sachgüterproduktion**
 - Entwicklung von Innovationsperspektiven zur Ökologisierung/Dekarbonisierung der Sachgüterindustrie (Tech4Green)
 - Steigerung der Innovationsleistung durch Einsatz digitaler Technologien und Schlüsseltechnologien
 - Verbesserte Nutzung der Kooperationsoptionen zur Lösung interdisziplinärer und anspruchsvoller Problemstellungen
 - Verbreiterung der Innovationsbasis zur Mobilisierung bisher noch nicht oder wenig innovativer Unternehmen
 - verbesserter Zugang der Industrie zu relevanter Forschungskompetenz an Forschungseinrichtungen und Unternehmen
 - Verstärkung europäischer und internationaler Kooperationen und Netzwerke
- **Gezielter Aufbau von Forschungskompetenz in Forschungseinrichtungen in ausgewählten Themenfeldern** – technologische Grundlagen/Schlüsseltechnologien fördern:
 - Künstliche Intelligenz (KI) & datengetriebene Innovationen für Produktion, Industrie 4.0
 - Sensorik, Photonik und Nanotechnologie
 - Smart Textiles und Werkstoffe
 - Additive Fertigung, Hochleistungstechnologien und Robotik

Zur Umsetzung der oben beschriebenen Themenfelder werden insbesondere für folgende Vorhaben Förderungen vergeben:

- (Kooperative) Vorhaben, die Forschungsergebnisse, technologische Entwicklungen und Innovationen erbringen und diese in neuen, geänderten oder verbesserten Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen anwendbar machen
- Unterstützung von Unternehmen mit Relevanz für die Sachgüterindustrie bei Gründung und Wachstum
- Nationale und internationale Vernetzung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie Integration in europäischen Forschungsinitiativen

- Aktive Einbeziehung von Anwender*innen und weiterer Stakeholder in den Entwicklungsprozess, um die Nachhaltigkeit des Einsatzes von Schlüsseltechnologien zur Erhöhung der Lebensqualität sicherzustellen

1.3.6 Thema Life Sciences

Das Thema trägt insbesondere zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderung „Gesundheit und demographischer Wandel“ (siehe 1.1. Punkt 6) bei.

Zu folgenden Themenfeldern werden auf Basis dieser Richtlinie Förderungen vergeben:

- **Arzneimittel-Entwicklung**
 - Translationsforschung: Umsetzung von aus der Grundlagenforschung kommenden Ergebnissen zur klassischen, präklinischen Medikamentenentwicklung
- **Arzneimittel-Herstellung in Österreich**
 - Entwicklung und Errichtung einer kritischen Produktions-Infrastruktur in Österreich
 - Gewährleistung der Versorgung im Fall von gesundheitlichen Krisen oder Ausnahmesituationen
- **Klinische Studien – Phase I und II Studien zur Entwicklung von Arzneimitteln gegen Infektionserkrankungen**
 - Belegung des klinischen Forschungsstandorts Österreich
 - Erhöhung der Attraktivität für internationale Pharmaunternehmen
- **Entwicklung von Medizinprodukten und Ambient Assisted Living (AAL)**
 - Neue und innovative Anwendungen im Bereich Medizinprodukte und In-Vitro-Diagnostika (Entwicklung und Zertifizierung)
 - Innovative, meist digital unterstützte Methoden, Konzepte, Systeme, Produkte sowie Dienstleistungen im Bereich Pflege, Sicherheit, Komfort und Unterhaltung für ältere Menschen und solche mit besonderen Bedürfnissen

Zur Umsetzung der oben beschriebenen Themenfelder werden insbesondere für folgende Vorhaben Förderungen vergeben:

- (Kooperative) Vorhaben, die i Forschungsergebnisse, technologische Entwicklungen und Innovationen erbringen und diese in neuen, geänderten oder verbesserten Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen umsetzen
- Unterstützung von Unternehmen aus dem Bereich Life Sciences bei Gründung und Wachstum
- Nationale und internationale Vernetzung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie Integration in europäischen Forschungsinitiativen

1.4 Projektarten

Zur Erreichung der operativen Ziele stehen im Rahmen der Themen gemäß Punkt 1.3. folgende Projektarten zur Verfügung.

- **Einstieg:** Ausloten von Forschungs- und Entwicklungsthemen bzw. Innovationsoptionen und erste projektvorbereitende Schritte
- **FEI-Projekt:** Konkrete F&E-Projekte von der orientierten Grundlagenforschung bis zu marktnahen Entwicklungs- und Innovationsprojekten
- **Struktur:** Aufbau und Verbesserung von Strukturen und Infrastrukturen für Forschung und Innovation
- **Personen:** Förderung von Nachwuchs, Qualifizierung von F&E-Mitarbeitende, Verbesserung von Chancengleichheit

Konkretisierungen der Förderungsbedingungen und Förderungsverfahren sind in standardisierten Leitfäden festzulegen, deren Ausarbeitung durch die FFG erfolgt und zu deren Inhalt (insbesondere zu den Bewertungskriterien und beihilferechtlich relevanten Bedingungen) mit den jeweils zuständigen richtlinienverantwortlichen Bundesministerinnen/Bundesministern eine Abstimmung vorzunehmen ist. Formale Änderungen (Umformulierung, Leitfadenaufbau) können von der FFG ohne vorherige Abstimmung vorgenommen werden.

1.5 Evaluierung und Indikatoren

Die Evaluierung der Richtlinie erfolgt auf Basis der Wirkungsorientierten Folgenabschätzung gemäß BHG 2013. Da der Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung zwischen den richtlinienverantwortlichen Bundesministerinnen/Bundesministern und der FFG eine wesentliche Voraussetzung für die Erreichung der Ziele der Richtlinie ist und der Richtlinie und der Finanzierungsvereinbarung in sachlicher Hinsicht das gemeinsame Ziel zugrunde liegt, Forschung, Technologie und Innovation in Österreich zu fördern, wird diese in Form einer vollinhaltlichen WFA-Bündelung durchgeführt. Der Evaluierungszeitpunkt ist das Jahr 2025.

Neben den Zielindikatoren bzw. Meilensteinen, die in der WFA formuliert sind und sich auf die Inhalte der Richtlinie und der Finanzierungsvereinbarung beziehen, werden in der Evaluierung folgende Aspekte berücksichtigt:

- Ergebnisse von Prüfungen der beihilfe- und förderrechtlich konformen Vergabe von Förderungen durch die Europäische Kommission oder den Rechnungshof
- Einhaltung der Prinzipien des Bewertungsverfahrens
- Mittelbindungen und Zusagen für Förderungen, die in den Themen der Richtlinie getätigt wurden
- Ergebnisse der Berichterstattung im Gesamtbericht gemäß Finanzierungsvereinbarung, unter Berücksichtigung von

- Indikatoren zu den Themen der Richtlinie und in Zusammenhang mit den operativen Zielen der Richtlinie
- den Themenberichten und
- qualitativen Analysen das Gesamtportfolio betreffend

2 Rechtsgrundlagen

2.1 Nationale Rechtsgrundlagen

Die vorliegende Richtlinie basiert auf dem Bundesgesetz zur Errichtung der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (Forschungsförderungsgesellschaftsgesetz – FFGG), BGBl. Nr.73/2004, in der jeweils geltenden Fassung. Bei den Förderungen auf Basis dieser Richtlinie handelt es sich um Förderungen des Bundes, die von der FFG als Abwicklungsstelle im Namen und auf Rechnung des Bundes vergeben werden. Die ARR 2014 in der jeweils geltenden Fassung sind subsidiär anzuwenden.

Ein dem Grunde oder der Höhe nach bestimmter subjektiver Rechtsanspruch auf Gewährung einer Förderung oder ein Kontrahierungszwang wird nicht begründet.

2.2 Europarechtliche Grundlagen

Förderungen an Unternehmen, die der Definition in Anhang I zur AGVO entsprechen, unterliegen dem Beihilferecht („Beihilfen“). Förderungen an Einrichtungen für nicht wirtschaftliche Tätigkeiten werden ebenfalls auf Basis dieser Richtlinie vergeben. Im Fall einer „wirksamen Zusammenarbeit“ gemäß Rn 27 des Unionsrahmens für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation gilt die Förderung für die unabhängige Forschung und Entwicklung der Forschungseinrichtung oder Forschungsinfrastruktur nicht als Beihilfe. Der Überbegriff für beide Arten ist „Förderungen“ (siehe 4.1.).

Die genannten EU-rechtlichen Grundlagen (AGVO und De-Minimis-VO) sind daher nur auf die Förderungen anzuwenden, die zugleich als „staatliche Beihilfen“ i.S.d. EU Beihilferechts anzusehen sind.

1. Verordnung (EU) Nr.651/2014 DER KOMMISSION vom 17.Juni 2014 (zuletzt verlängert durch VO (EU) 2020/972 vom 2. Juli 2020 in der jeweils gültigen Fassung) zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Art. 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung)³.

³ ABl. L 187 vom 26.6.2014 idF ABL. L 270/39 vom 29.7.2021.

Der Geltungsbereich bezieht sich insbesondere auf folgende Artikel:

- a) Beihilfen für Forschung und Entwicklung und Innovation (Art. 25 bis 29 AGVO);
- b) Ausbildungsbeihilfen (Art. 31 AGVO);
2. Verordnung (EU) Nr.1407/2013 DER KOMMISSION vom 18.Dezember 2013 (verlängert durch VO (EU) 2020/972 vom 2. Juli 2020) über die Anwendung der Art. 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen⁴.
3. Mitteilung der Kommission – Unionsrahmen für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (2014/C 198/01) vom 27.Juni 2014 auf Basis der VO (EU) 2020/972 vom 2. Juli 2020 in der jeweils geltenden Fassung) für spezifische Teile der FTI-Förderung, wie für beihilfefähige Kosten oder für die Abgrenzung von wirtschaftlicher zu nicht-wirtschaftlicher Tätigkeit von Forschungseinrichtungen. Gemäß Punkt 1.1 des Unionsrahmens gilt der Anwendungsbereich für staatliche Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsbeihilfen in allen Bereichen, die unter den AEUV fallen. Insbesondere sind die Definitionen von nicht-wirtschaftlicher Tätigkeit versus wirtschaftlicher Tätigkeit ein wesentlicher Bestandteil für die Einstufung, ob eine Beihilfe vorliegt oder nicht.

Gemäß Art. 1 Absatz 2 AGVO gilt diese Richtlinie nicht für

- a) Beihilfenregelungen, deren durchschnittliche jährliche Mittelausstattung 150 Mio. EUR übersteigt,
- b) Beihilfen für Tätigkeiten im Zusammenhang mit Ausfuhren in Drittländer oder Mitgliedstaaten, insbesondere Beihilfen, die unmittelbar mit den ausgeführten Mengen, dem Aufbau oder dem Betrieb eines Vertriebsnetzes oder anderen laufenden Kosten in Verbindung mit der Ausfuhrtätigkeit zusammenhängen;
- c) Beihilfen, die davon abhängig gemacht werden, dass einheimische Waren Vorrang vor eingeführten Waren erhalten.

3 Förderungswerbende, Förderungsart

3.1 Förderungswerbende

3.1.1 Formelle Voraussetzungen

Förderungswerbende können nur außerhalb der österreichischen Bundesverwaltung stehende natürliche oder juristische Personen bzw. Personengesellschaften sein.

Gemäß Artikel 1 Absatz 4 lit a AGVO ist ein Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Förderung und ihrer Unvereinbarkeit nicht nachgekommen ist, solange von der

⁴ ABl. L 352 vom 24.12.2013 idF ABL. L 215/3 vom 7.7.2020.

Teilnahme ausgeschlossen, bis das Unternehmen die Rückabwicklung der inkompatiblen Förderung vollzogen hat.

Gemäß Artikel 1 Absatz 4 lit c AGVO dürfen keine Beihilfen an Unternehmen in Schwierigkeiten vergeben werden, ausgenommen Beihilferegulungen zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen, Beihilferegulungen für Unternehmensneugründungen und regionale Betriebsbeihilferegulungen, sofern diese Regelungen Unternehmen in Schwierigkeiten nicht gegenüber anderen Unternehmen begünstigen. Gemäß VO (EU) 02021/1237 vom 23. Juli 2021 ist die AGVO auch für Unternehmen anwendbar, die am 31. Dezember 2019 keine Unternehmen in Schwierigkeiten waren, aber in der Zeit vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2021 zu Unternehmen in Schwierigkeiten wurden. Wenn seitens der Europäischen Kommission eine Verlängerung dieses Zeitraumes über den 31. Dezember 2021 erfolgt, dann gilt diese neue Fristsetzung.

Unter Beachtung von Artikel 1 Absatz 5 lit a AGVO ist die Gewährung einer Beihilfe davon abhängig zu machen, dass die Beihilfeempfangenden zum Zeitpunkt der Auszahlung der Beihilfe eine Betriebsstätte oder Niederlassung in Österreich haben. Bei Konsortialvorhaben gemäß 3.1.4 können auch Förderungswerbende mit Sitz außerhalb Österreichs gefördert werden, insofern mindestens ein Konsortialpartner seine Niederlassung in Österreich hat. Voraussetzung ist die Darstellung des Nutzens der ausländischen Partner für das Konsortium bzw. für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Österreich.

Eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GesbR) ist aufgrund mangelnder Rechtsfähigkeit grundsätzlich nicht antragslegitimiert.

3.1.2 Einschränkungen des Kreises der Förderungswerbenden

Die Berechtigung zur Antragstellung kann für Förderungswerbende bzw. Beteiligte in den spezifischen Ausschreibungen aus sachlichen bzw. förderungspolitischen Gründen eingeschränkt werden.

3.1.3 Solidarhaftung

Die Gewährung einer Förderung, deren Begünstigte Dritte sind, ist grundsätzlich davon abhängig zu machen, dass diese ⁵ vor Abschluss des Förderungsvertrages nachweislich die Solidarhaftung (§ 891 ABGB) für die Rückzahlung der Förderung im Fall des Eintritts eines Rückzahlungsgrundes übernimmt. Diese kann mit der Höhe ihrer Förderung begrenzt werden (siehe 3.1.4. Konsortialvorhaben).

⁵ Als „Dritter“ tritt jeder Partner eines Vorhabens auf.

3.1.4 Konsortialvorhaben

Konsortialvorhaben sind Vorhaben, die von mehreren Förderungswerbenden (Konsortium) beantragt und durchgeführt werden. Der Förderungsvertrag ist mit sämtlichen Förderungswerbenden im Konsortium abzuschließen. Die Koordination gegenüber der FFG erfolgt durch einen im Förderungsvertrag genannten Konsortialführenden. Die Gewährung einer Förderung an ein Konsortium ist davon abhängig zu machen, dass alle beteiligten Förderungswerbenden die Solidarhaftung gemäß 3.1.3, begrenzt mit der Höhe ihrer Förderung, für die Rückzahlung der Förderung im Fall des Eintritts eines Rückzahlungsgrundes übernehmen. Voraussetzung für den Abschluss des Förderungsvertrages ist der Abschluss und Nachweis eines Konsortialvertrages. Ist der Nachweis eines Konsortialvertrages zum Zeitpunkt des Abschlusses des Förderungsvertrages nicht möglich, hat dieser spätestens bis zur ersten Auszahlung zu erfolgen.

3.2 Förderungsart

Die Förderung erfolgt in Form von nicht rückzahlbaren⁶ Zuschüssen (= sonstige Geldzuwendung).

4 Förderbare Kosten, Förderungshöhe und Förderungsintensität – Regelungen für Beihilfen und für nicht beihilferelevante Förderungen

4.1 Allgemeine Regelungen zu förderbaren Kosten

Förderbare Kosten sind alle dem Projekt zurechenbaren Ausgaben bzw. Aufwendungen, die direkt, tatsächlich und zusätzlich (zum herkömmlichen Betriebsaufwand) für die Dauer vom Projektbeginn bis zum Projektende der geförderten Tätigkeit entstanden sind.

Es werden nur Kosten anerkannt, die in die förderbaren Kostenkategorien fallen, nachweislich nach Einreichung des Vorhabens, nach dem vertraglich festgelegten Projektbeginn und vor dem vertraglich festgelegten Projektende entstanden sind.

Wenn es insbesondere aufgrund der Eigenart der Leistung gerechtfertigt ist und keine Beihilfe vorliegt, kann eine Förderung auch ohne Vorliegen dieser Voraussetzungen im Nachhinein gewährt werden. Auch in diesem Fall dürfen grundsätzlich nur jene Kosten gefördert werden, die nach nachweislichem Stellen des Förderungsantrags entstanden sind.

⁶ Falls Gründe für eine Rückforderung vorliegen, kann es nach 6.1.3 zu Rückzahlungen kommen.

Die unter 1.4. angeführten Projektarten umfassen beihilferechtlich relevante Förderungen (siehe 4.2.) und nicht beihilferechtlich relevante Förderungen (siehe 4.3.). Beihilferechtlich relevante Förderungen haben den unter 4.2. angeführten Bedingungen gemäß Artikel 25 bis 29 und Art. 31 AGVO zu entsprechen.

Die Förderungsnehmenden sind bei der Vergabe von Aufträgen an Dritte zur sparsamen Verwendung der Förderungen anzuhalten.

Sofern sich aus der geförderten Leistung unmittelbar ein wirtschaftlicher Vorteil für die Förderungsnehmenden ergibt, sind diese grundsätzlich zu verpflichten, nach Maßgabe dieses Vorteiles und ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einerseits sowie des an der Durchführung der Leistung bestehenden Bundesinteresses andererseits, finanziell beizutragen. Die maximal zulässigen Bedingungen für diese beihilferechtlich relevanten Förderungen sind in den Beihilfetatbeständen gemäß Punkt 4.2. abgebildet. Eigenleistungen der Förderungsnehmenden sind sowohl Eigenmittel im engeren Sinn als auch eigene Sach- und Arbeitsleistungen, Kredite oder Beiträge Dritter.

Für nicht beihilferechtlich relevante Förderungen kann von einer Eigenleistung abgesehen werden, wenn diese den Förderungsnehmenden im Zeitpunkt der Gewährung der Förderung unter Ausschöpfung aller ihr oder ihm billigerweise zumutbaren sonstigen Finanzierungsmöglichkeiten im Hinblick auf die Eigenart der zu fördernden Leistung wirtschaftlich nicht zumutbar ist.

Die auf die Kosten der förderbaren Leistung entfallende Umsatzsteuer ist nicht förderbar. Sofern diese Umsatzsteuer aber nachweislich tatsächlich und endgültig von den Förderungsnehmenden zu tragen ist und somit keine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht, wird sie als förderbarer Kostenbestandteil berücksichtigt.

Die – auf welche Weise immer – rückforderbare Umsatzsteuer ist auch dann nicht förderbar, wenn sie die Förderungsnehmenden nicht tatsächlich zurückerhalten. Sollte eine Förderung vom Finanzamt wegen des Vorliegens einer nach dem Umsatzsteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 663, steuerbaren und steuerpflichtigen Leistung der Förderungsnehmenden an den Förderungsgeber nicht als Förderung, sondern als Auftragsentgelt angesehen werden und dafür von den Förderungsnehmenden eine Umsatzsteuer an das Finanzamt abzuführen sein, ist vorzusehen, dass dieses Auftragsentgelt als Bruttoentgelt anzusehen ist. Eine zusätzliche, gesonderte Abgeltung der Umsatzsteuer – aus welchem Rechtsgrund immer – ist somit ausgeschlossen.

Für die operative Umsetzung der Bestimmungen der Kostenanerkennung wird von der FFG ein Kostenleitfaden mit detaillierten Regelungen im Einvernehmen mit den richtlinienverantwortlichen Bundesministerinnen/Bundesministern erstellt und den Förderungsnehmenden zur Verfügung gestellt.

Für die einzelnen Kostenarten gelten folgende Grundsätze:

4.1.1 Personalkosten

Personalkosten für Forscherinnen und Forscher, Technikerinnen und Techniker und sonstiges Personal, soweit dieses für das jeweilige Vorhaben eingesetzt wird. Für Personalkosten, die überwiegend aus Bundesmitteln gefördert werden, sind Kosten nur bis zu jener Höhe anerkennbar, die entweder dem Gehaltsschema des Bundes entsprechen oder auf entsprechenden gesetzlichen, kollektivvertraglichen bzw. darauf basierenden branchenüblichen Betriebsvereinbarungen festgelegten Bestimmungen beruhen. Liegen solche nicht vor, können auch branchenübliche Dienstverträge akzeptiert werden. Zur Vereinfachung der Abrechnung können Stundensatzkalkulationen in den Formularen für Kostenpläne und Abrechnungen verwendet werden. Als Personalkosten sind die tatsächlich aufgewendeten Lohn- und Gehaltskosten laut unternehmensinterner Lohn- und Gehaltsverrechnung oder auf statistischen Erhebungen basierende und im Kostenleitfaden festzulegende Pauschalsätze heranzuziehen, sofern dies im Einklang mit den beihilferechtlichen Vorgaben ist.

4.1.2 Kosten für Instrumente und Ausrüstungen

Kosten für Instrumente und Ausrüstungen, soweit und solange sie für das Forschungsvorhaben genutzt werden. Überschreitet die Amortisationsdauer einer Sache, die zur Durchführung der Leistung angeschafft wird, den Zeitraum der Leistung, darf maximal jener Kostenanteil gefördert werden, der der Abschreibung nach dem EStG 1988 für den Leistungszeitraum entspricht. Bei Förderung von Leasingraten sind entsprechende Vorgaben gemäß § 35 ARR im Kostenleitfaden festzulegen. Für größere, zusammenhängende Einheiten kann ein Durchschnittsstundensatz, der sowohl die Abschreibung als auch die erforderlichen Hilfs- und Betriebsstoffe, Wartung und sonstige laufende Betriebskosten berücksichtigt, angesetzt werden. Die gesamten Anschaffungskosten sind nur dann förderbar, wenn die Investition selbst der Förderungsgegenstand ist (z.B. Investitionsförderungen für Forschungsinfrastrukturen oder für Auf- und Ausbau von Investitionscluster). Eine allfällige Betriebspflicht kann in den Förderungsverträgen verankert werden.

4.1.3 Kosten für Gebäude und Grundstücke

Kosten für Gebäude und Grundstücke, sofern und solange sie für das Vorhaben genutzt werden und sofern sie nicht bereits in den Gemeinkosten enthalten sind. Bei Gebäuden gilt nur die nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung ermittelte Wertminderung während der Dauer des Vorhabens als förderbar. Dieselbe Berechnung wird auch bei Mietverhältnissen angewendet. Die gesamten Anschaffungskosten sind nur dann förderbar, wenn die Investition selbst der Förderungsgegenstand ist (z.B. Investitionsförderungen für Forschungsinfrastrukturen oder für Auf- und Ausbau von Investitionscluster). Eine allfällige Betriebspflicht kann in den Förderungsverträgen verankert werden.

4.1.4 Reisekosten

Reisekosten sind sofern und bis zu jener Höhe förderbar, als sie nach den Bestimmungen des EStG 1988 als Betriebsausgaben geltend gemacht werden können.

4.1.5 Kosten für Auftragsforschung, Studien, Wissen und Patente

Kosten für Auftragsforschung, Studien, technisches/wissenschaftliches Wissen und von Dritten direkt oder in Lizenz erworbene Patente⁷, sofern die Transaktion zu geschäftsüblichen Konditionen durchgeführt wurde und keine Absprachen vorliegen, sowie Kosten für Beratung und gleichwertige Dienstleistungen, die ausschließlich für das Vorhaben genutzt werden.

4.1.6 Sonstige Sachkosten

Sonstige Sachkosten einschließlich vorhabensbezogener Kosten für Material, Bedarfsmittel und dergleichen, sofern diese nicht von einer anderen Kostenkategorie umfasst sind.

4.1.7 Zusätzliche vorhabensbezogene Gemeinkosten

Zusätzliche Gemeinkosten können nur dann gefördert werden, wenn sie zur Erreichung des Förderungsziels erforderlich sind. Gemeinkosten können nach Maßgabe unionsrechtlicher Vorschriften auf der Grundlage von Pauschalsätzen vorgesehen werden. Die im Kostenleitfaden festzulegenden Pauschalsätze müssen angemessen und nachvollziehbar und im Einklang mit den beihilferechtlichen Vorgaben sein. Mit dem Gemeinkostenzuschlag sind alle Kosten mit Gemeinkostencharakter (z.B. Miete für allgemeine Flächen, Betriebskosten, Instandhaltung, Büromaterial, Administration, Buchhaltung/Controlling, Gehaltsverrechnung, EDV) abgegolten und dürfen nicht mehr als Einzelkosten abgerechnet werden. Bei Anwendung des Pauschalsatzes ist ein gesonderter Nachweis nicht mehr erforderlich.

4.1.8 Kofinanzierung aus EU-Mitteln

Für Vorhaben, die eine Kofinanzierung aus EU-Mitteln erhalten, können bei Bedarf im Kostenleitfaden abweichende Bestimmungen zu den förderbaren Kosten wie eine Abgeltung von Kosten auf Grundlage von standardisierten Einheitskosten, als Pauschalfinanzierung oder festzulegenden Pauschalsätzen nach Maßgabe der unionsrechtlichen Vorschriften vorgesehen werden.

⁷ Nach dem „Arm's-length-Prinzip“: Nach diesem Grundsatz dürfen sich die Bedingungen des Rechtsgeschäfts zwischen den Vertragsparteien nicht von jenen unterscheiden, die bei einem Rechtsgeschäft zwischen unabhängigen Unternehmen festgelegt werden würden, und es dürfen keine wettbewerbswidrigen Absprachen vorliegen. Wenn ein Rechtsgeschäft auf der Grundlage eines offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Verfahrens geschlossen wird, wird davon ausgegangen, dass es dem Arm's-length-Prinzip entspricht.

4.2 Maximale Beihilfeintensitäten und beihilfefähige Kosten

Beihilfefähige Kosten sind Kosten, die in der AGVO konkret in den jeweiligen Tatbeständen aufgezählt werden. Diese entsprechen zum überwiegenden Teil den allgemeinen Kostenarten gemäß 4.1. (insbesondere die beihilfefähigen Kosten für Forschungs- und Entwicklungsprojekte gemäß Art. 25 AGVO), die sowohl den ARR 2014 als auch der AGVO entsprechen müssen. Einige Artikel der AGVO beziehen beihilfefähigen Kosten auf den Verwendungszweck (z.B. Innovationsbeihilfen für KMU gemäß Art. 28 AGVO beschränken Drittkosten auf Innovationsberatungsdienste und innovationsunterstützende Dienstleistungen). In den Regelungen zu den Art. 26, 27, 28 wurde dieser Vorgabe der AGVO durch die Überschrift „die Kosten müssen in Zusammenhang stehen mit...“ Rechnung getragen. Im Hinblick auf Details zu den Kostenarten wird in den Artikeln auf die allgemeinen Regelungen gemäß 4.1. verwiesen inklusive Art. 26 AGVO (für Forschungsinfrastrukturen werden entgegen der allgemeinen Regelung für Investitionen nicht die Abschreibung, sondern die Anschaffungskosten gefördert).

Folgende Begriffsdefinitionen kommen zur Anwendung:

Anmeldeschwellenwerte: Betragsgrenzen, bei deren Überschreitung eine Beihilfe nicht mehr unter die AGVO fällt, sondern nach Art. 108 Abs 3 AEUV der Anmeldepflicht unterliegen. Als Anmeldeschwellenwerte kommen die Schwellenwerte gemäß Art. 4 AGVO zur Anwendung.

Beihilfeintensität: Prozentsatz der Beihilfe bezogen auf die Basis der beihilfefähigen Kosten.

Die Beihilfeintensitäten sind Höchstgrenzen, die, falls die Erreichung des Förderungsziels mit geringeren Beihilfeintensitäten möglich wäre, auch herabgesetzt werden können.

4.2.1 Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen (Art. 25 AGVO)⁸

Maximale Beihilfeintensitäten:

- Beihilfefähige Kosten der Grundlagenforschung: max. 100%;
- Beihilfefähige Kosten der industriellen Forschung: max. 50%;
- Beihilfefähige Kosten der experimentellen Entwicklung: max. 25%;
- Beihilfefähige Kosten für Durchführbarkeitsstudien: max. 50%

Die Beihilfeintensitäten für industrielle Forschung und experimentelle Entwicklung können wie folgt auf maximal 80% der beihilfefähigen Kosten erhöht werden:

- Um 10 Prozentpunkte bei mittleren Unternehmen und um 20 Prozentpunkte bei kleinen Unternehmen;
- um 15 Prozentpunkte, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist;

⁸ Definition und Spezifika siehe 1-6 unter 10.1. im Anhang

- Das Vorhaben beinhaltet die wirksame Zusammenarbeit —
 - zwischen Unternehmen, von denen mindestens eines ein KMU ist, oder wird in mindestens zwei Mitgliedstaaten oder einem Mitgliedstaat und einer Vertragspartei des EWR-Abkommens durchgeführt, wobei kein einzelnes Unternehmen mehr als 70 % der beihilfefähigen Kosten bestreitet, oder
 - zwischen einem Unternehmen und einer oder mehreren Einrichtungen für Forschung und Wissensverbreitung, die mindestens 10 % der beihilfefähigen Kosten tragen und das Recht haben, ihre eigenen Forschungsergebnisse zu veröffentlichen;
- Die Ergebnisse des Vorhabens finden durch Konferenzen, Veröffentlichung, Open-Access-Repositorien oder durch gebührenfreie Software beziehungsweise Open-Source-Software weite Verbreitung.
- Die Beihilfeintensität für Durchführbarkeitsstudien kann bei mittleren Unternehmen um 10 Prozentpunkte und bei kleinen Unternehmen um 20 Prozentpunkte erhöht werden.

Beihilfefähige Kostenarten (Details zu den Kostenarten siehe 4.1.)

- Personalkosten
- Kosten für Instrumente und Ausrüstungen
- Kosten für Gebäude und Grundstücke
- Reisekosten
- Kosten für Auftragsforschung, Studien, technisches/wissenschaftliches Wissen und von Dritten direkt oder in Lizenz erworbene Patente, sowie Kosten für Beratung und gleichwertige Dienstleistungen, die ausschließlich für das Vorhaben genutzt werden.
- Sonstige Sachkosten
- Zusätzliche vorhabensbezogene Gemeinkosten

4.2.2 Beihilfen im Rahmen von kofinanzierten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (Art. 25c)

Beihilfen für kofinanzierte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben oder für Durchführbarkeitsstudien (einschließlich Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die im Rahmen einer institutionellen europäischen Partnerschaft auf der Grundlage des Artikels 185 oder des Artikels 187 AEUV oder im Rahmen einer Kofinanzierungsmaßnahme im Sinne der Vorschriften für das Programm Horizont Europa durchgeführt werden), die von mindestens drei Mitgliedstaaten oder alternativ von zwei Mitgliedstaaten und mindestens einem assoziierten Staat durchgeführt und die im Anschluss an länderübergreifende Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen auf der Grundlage der von unabhängigen Sachverständigen nach den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa erstellten Bewertung und Rangliste ausgewählt werden.

Die beihilfefähigen Tätigkeiten der geförderten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben oder Durchführbarkeitsstudien entsprechen denjenigen, die gemäß den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa beihilfefähig sind, umfassen jedoch keine Tätigkeiten, die über den Rahmen der experimentellen Entwicklung hinausgehen.

Maximale Beihilfeintensitäten:

Die Kategorien, Höchstbeträge und Methoden zur Berechnung der beihilfefähigen Kosten entsprechen denjenigen, die gemäß den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa beihilfefähig sind.

Der Gesamtbetrag der gewährten öffentlichen Mittel darf den Finanzierungssatz, der für das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben oder die Durchführbarkeitsstudie nach der Auswahl, Erstellung einer Rangliste und Bewertung gemäß den Vorschriften für das Programm Horizont 2020 oder das Programm Horizont Europa gilt, nicht überschreiten.

Die im Rahmen des Programms Horizont 2020 oder Horizont Europa bereitgestellten Mittel decken mindestens 30 % der gesamten beihilfefähigen Kosten einer Forschungs- und Innovationsmaßnahme oder einer Innovationsmaßnahme im Sinne des Programms.

Beihilfefähige Kostenarten (Details zu den Kostenarten siehe 4.1.):

Siehe Kostenarten unter 4.2.1.

4.2.3 Investitionsbeihilfen für Forschungsinfrastrukturen⁹ (Art. 26 AGVO)

Maximale Beihilfeintensität: 50% der Beihilfefähigen Kosten.

Beihilfen für den Bau oder Ausbau von Forschungsinfrastrukturen, die wirtschaftliche Tätigkeiten ausüben, sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die in diesem Artikel und in Kapitel 1 festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.

Wenn eine Forschungsinfrastruktur sowohl wirtschaftliche als auch nichtwirtschaftliche Tätigkeiten ausübt, muss sie für die Finanzierung, Kosten und Erlöse und für jede Art der Tätigkeit getrennte Bücher nach einheitlich angewandten und sachlich zu rechtfertigenden Kostenrechnungsgrundsätzen führen. Wenn eine Forschungsinfrastruktur sowohl für wirtschaftliche als auch für nichtwirtschaftliche Tätigkeiten öffentliche Mittel erhält, wird seitens der FFG ein Monitoring- und Rückforderungsmechanismus eingerichtet, um sicherzustellen, dass die zulässige Förderungsintensität nicht überschritten wird, weil der Anteil der wirtschaftlichen Tätigkeiten höher ist als zum Zeitpunkt der Gewährung der Förderung geplant.

⁹ Definition und Spezifika siehe 8. unter 10.1 im Anhang.

Der für den Betrieb oder die Nutzung der Infrastruktur berechnete Preis muss dem Marktpreis entsprechen.

Beihilfefähige Kostenarten (siehe 4.1., Ausnahme zu den allgemeinen Regelungen zu Instrumenten und Ausrüstungen sowie Gebäuden, die Beihilfe ist nicht auf die Nutzungsdauer beschränkt):

- Kosten von Investitionen in materielle und immaterielle Vermögenswerte

Die Investitionskosten müssen in Zusammenhang stehen mit:

Geräten und Instrumenten für Forschungszwecke, wissensbasierten Ressourcen wie Sammlungen, Archiven oder strukturierten wissenschaftlichen Informationen, Infrastrukturen der Informations- und Kommunikationstechnologie wie GRID-Netzen, Rechnern, Software und Kommunikationssystemen sowie sonstige besondere Einrichtungen, die für die Forschung unverzichtbar sind.

Aufgrund der bedeutenden Anschaffungskosten kann eine in Relation zur jeweiligen wirtschaftlichen Lebensdauer stehende Betriebspflicht in den Förderungsverträgen vereinbart werden.

4.2.4 Beihilfen für Innovationscluster¹⁰ (Art. 27 AGVO)

Maximale Beihilfeintensität: Die Beihilfeintensität von Investitions- und Betriebsbeihilfen darf im Gewährungszeitraum höchstens 50% der beihilfefähigen Gesamtkosten betragen.

Beihilfen für Innovationscluster dürfen ausschließlich der juristischen Person gewährt werden, die das Innovationscluster betreibt (Clusterorganisation). Die Räumlichkeiten, Anlagen und Tätigkeiten des Clusters müssen mehreren Nutzern offenstehen und der Zugang muss zu transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen gewährt werden.

Unternehmen, die mindestens 10% der Investitionskosten des Innovationsclusters finanziert haben, können einen bevorzugten Zugang zu günstigeren Bedingungen erhalten. Um Überkompensationen zu verhindern, muss der Zugang in einem angemessenen Verhältnis zum Investitionsbeitrag des Unternehmens stehen; ferner werden die Vorzugsbedingungen öffentlich zugänglich gemacht.

Beihilfefähige Kostenarten (Details zu den Kostenarten siehe 4.1.):

- Kosten von Investitionen in materielle und immaterielle Vermögenswerte
- Personalkosten
- Kosten für Instrumente und Ausrüstungen
- Kosten für Gebäude und Grundstücke

¹⁰ Definition und Spezifika siehe 9. unter 10.1 im Anhang.

- Reisekosten
- Kosten für Auftragsforschung, Studien, technisches/wissenschaftliches Wissen und von Dritten direkt oder in Lizenz erworbene Patente¹¹, sowie Kosten für Beratung und gleichwertige Dienstleistungen, die ausschließlich für das Vorhaben genutzt werden
- Sonstige Sachkosten
- Zusätzliche vorhabensbezogene Gemeinkosten

Sämtliche Kostenarten müssen in Zusammenhang stehen mit:

- Der Leitung des Innovationsclusters zwecks Erleichterung der Zusammenarbeit, des Informationsaustauschs und der Erbringung und Weiterleitung von spezialisierten und maßgeschneiderten Unterstützungsdienstleistungen für Unternehmen
- Werbemaßnahmen, die darauf abzielen, neue Unternehmen oder Einrichtungen zur Mitwirkung am Innovationscluster zu bewegen und dessen Sichtbarkeit zu verbessern
- Der Verwaltung der Facilities des Innovationsclusters
- Der Organisation von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, Workshops und Konferenzen zur Förderung des Wissensaustauschs, der Zusammenarbeit in Netzwerken und der transnationalen Zusammenarbeit

Im Fall von bedeutenden Anschaffungskosten kann eine in Relation zur jeweiligen wirtschaftlichen Lebensdauer stehende Betriebspflicht in den Förderungsverträgen vereinbart werden.

4.2.5 Innovationsbeihilfen für KMU (Art. 28 AGVO)

Maximale Beihilfeintensität: 50% der beihilfefähigen Kosten.

In dem besonderen Fall von Förderungen für Innovationsberatungsdienste und innovationsunterstützende Dienstleistungen¹² kann die Beihilfeintensität auf bis zu 100% der beihilfefähigen Kosten erhöht werden, sofern der Gesamtbetrag der Beihilfe für Innovationsberatungsdienste und innovationsunterstützende Dienstleistungen innerhalb von drei Jahren nicht mehr als 200.000 EUR pro Unternehmen beträgt.

Beihilfefähige Kostenarten (Details zu den Kostenarten siehe 4.1.):

- Personalkosten
- Reisekosten
- Kosten für Auftragsforschung, Studien, technisches/wissenschaftliches Wissen

¹² Definition und Spezifika siehe 11 und 12 unter 10.1. im Anhang

Die Kosten müssen in Zusammenhang stehen mit

- Drittkosten für die Erlangung, die Validierung und Verteidigung von Patenten und anderen immateriellen Vermögenswerten;
- Personalkosten für die Abordnung hochqualifizierten Personals einer Einrichtung für Forschung und Wissensverbreitung oder eines großen Unternehmens für Tätigkeiten im Bereich Forschung, Entwicklung oder Innovation in einer neu geschaffenen Funktion innerhalb des begünstigten KMU, wodurch jedoch kein anderes Personal ersetzt wird;
- Drittkosten für Innovationsberatungsdienste und innovationsunterstützende Dienstleistungen.

4.2.6 Beihilfen für Prozess- und Organisationsinnovationen¹³ (Art. 29 AGVO)

Maximale Beihilfeintensität: 50% für KMU und 15% für Großunternehmen;

Förderungen für große Unternehmen sind im Rahmen der Prozess- und Organisationsinnovationen nur zulässig, wenn diese bei der geförderten Tätigkeit tatsächlich mit KMU zusammenarbeiten und die beteiligten KMU mindestens 30% der gesamten beihilfefähigen Kosten tragen.

Beihilfefähige Kostenarten (Details zu den Kostenarten siehe 4.1.):

- Personalkosten
- Kosten für Instrumente, Ausrüstung,
- Kosten für Auftragsforschung, Studien, technisches/wissenschaftliches Wissen und von Dritten direkt oder in Lizenz erworbene Patente
- Sonstige Sachkosten
- Zusätzliche vorhabensbezogene Gemeinkosten

4.2.7 Ausbildungsbeihilfen¹⁴ (Art. 31 AGVO)

Maximale Beihilfeintensitäten:

- max. 50% für Großunternehmen
- max. 60% für mittlere Unternehmen
- max. 70% für kleine Unternehmen

Für Ausbildungsmaßnahmen von Unternehmen zur Einhaltung verbindlicher Ausbildungsnormen der Mitgliedstaaten dürfen keine Förderungen gewährt werden.

¹³ Definition und Spezifika siehe 13 und 14. unter 10.1 im Anhang.

¹⁴ Spezifika siehe 15. unter 10.1 im Anhang.

Beihilfefähige Kostenarten (Details zu den Kostenarten siehe 4.1.):

- Personalkosten für Ausbilder, die für die Stunden anfallen, in denen sie die Ausbildungsmaßnahme durchführen;
- die direkt mit der Ausbildungsmaßnahme verbundenen Aufwendungen von Ausbildern und Ausbildungsteilnehmern, zum Beispiel direkt mit der Maßnahme zusammenhängende Reisekosten, Unterbringungskosten, Materialien und Bedarfsartikel sowie die Abschreibung von Werkzeugen und Ausrüstungsgegenständen, soweit sie ausschließlich für die Ausbildungsmaßnahme verwendet werden;
- Drittkosten für Beratungsdienste, die mit der Ausbildungsmaßnahme zusammenhängen.
- Zusätzliche vorhabensbezogene Gemeinkosten

4.3 Nicht beihilferelevante Förderungen

Die FFG-Missionen-Richtlinie bildet die Grundlage sowohl für Beihilfen (gem. Art. 107 (1) AEUV (Staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen)) als auch für nicht beihilferelevante Förderungen, wie es im Rahmen einer wirksamen Zusammenarbeit¹⁵ der Fall ist. Solche Förderungen werden an natürliche oder juristische Personen vergeben, wenn diese keine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, wie z.B. Studentinnen und Studenten, nicht-wirtschaftliche Tätigkeiten von Forschungseinrichtungen.

Werden nicht-wirtschaftliche Einrichtungen sowohl für wirtschaftliche als auch für nicht-wirtschaftliche Tätigkeiten genutzt, fällt die staatliche Finanzierung nur dann unter die Beihilfevorschriften, wenn sie Kosten deckt, die mit den wirtschaftlichen Tätigkeiten verbunden sind. Wenn die nicht-wirtschaftliche Einrichtung fast ausschließlich für eine nicht-wirtschaftliche Tätigkeit genutzt wird, (siehe die sich aus dem jeweils gültigen Unionsrahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation ergebende Bestimmung zur nicht-wirtschaftlichen Tätigkeit) kann ihre Finanzierung ganz aus dem Anwendungsbereich des Beihilferechts herausfallen, sofern die wirtschaftliche Nutzung eine reine Nebentätigkeit darstellt, die mit dem Betrieb der nicht-wirtschaftlichen Einrichtung unmittelbar verbunden und dafür erforderlich ist oder die in untrennbarem Zusammenhang mit der nicht-wirtschaftlichen Haupttätigkeit steht, und ihr Umfang begrenzt ist. Dies ist der Fall, wenn für die wirtschaftlichen Tätigkeiten dieselben Inputs (wie Material, Ausrüstung, Personal und Anlagekapital) eingesetzt werden wie für die nicht-wirtschaft-

¹⁵ Def. lt. AGVO RZ 90: arbeitsteilige Zusammenarbeit von mindestens zwei unabhängigen Partnern mit Blick auf einen Wissens- oder Technologieaustausch oder auf ein gemeinsames Ziel, wobei die Partner den Gegenstand des Verbundprojekts gemeinsam festlegen, einen Beitrag zu seiner Durchführung leisten und seine Risiken und Ergebnisse teilen. Die Gesamtkosten des Vorhabens können von einem oder mehreren Partnern getragen werden, so dass andere Partner von den finanziellen Risiken des Vorhabens befreit sind. Auftragsforschung und die Erbringung von Forschungsleistungen gelten nicht als Formen der Zusammenarbeit.

lichen Tätigkeiten und wenn die für die betreffende wirtschaftliche Tätigkeit jährlich zugewiesene Kapazität nicht mehr als 20% der jährlichen Gesamtkapazität der betreffenden nicht-wirtschaftlichen Einrichtung beträgt.

In solchen Fällen können natürliche Personen oder nicht-wirtschaftliche Einrichtungen gemäß beihilferechtlicher Vorgaben mit bis zu 100% der beihilfefähigen Kosten gefördert werden. Auch in diesen, nicht beihilferelevanten Fällen, wird jedoch in der Regel ein Eigenmittelanteil festgesetzt werden. Übt eine derartige Einrichtung auch wirtschaftliche Tätigkeiten aus, muss sie über deren Finanzierung, Kosten und Erlöse getrennt Buch führen. Unternehmen, die beispielsweise als Anteilseigner oder Mitglied bestimmenden Einfluss¹⁶ auf eine solche Einrichtung ausüben können, darf kein bevorzugter Zugang zu den von ihr erzielten Ergebnissen gewährt werden.

5 Ablauf der Förderungsgewährung

5.1 Aufforderung zur Einreichung von Förderungsanträgen

Die FFG fordert zur Einreichung von Förderungsanträgen nach dem Wettbewerbs- oder Antragsprinzip auf. Die Kriterien für die Bewertung bzw. Entscheidung (Bewertungs- bzw. Entscheidungskriterien) der eingereichten Förderungsanträge und ggf. die Frist für die Einreichung von Förderungsanträgen sind mit der Aufforderung bekannt zu geben. Die Aufforderung zur Einreichung von Förderungsanträgen ist auf der Website der FFG zu veröffentlichen.

5.2 Einreichung der Förderungsanträge

Die Förderungswerbenden haben bei der FFG einen schriftlichen Förderungsantrag, unter Verwendung des jeweiligen Formulars, innerhalb der in der Aufforderung zur Einreichung von Förderungsanträgen festgelegten Frist, einzureichen.

Die Einbringung des Förderungsantrags muss über eine elektronische Anwendung erfolgen. Jeder eingebrachte Förderungsantrag enthält eine Erklärung der Förderungswerbenden, dass die abgegebenen Angaben richtig und vollständig sind.

Der Förderungsantrag hat mindestens zu enthalten:

- Name der Antragstellerin oder des Antragstellers inkl. Kontaktdaten,

¹⁶ In Analogie zur Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen, ABl.L124/36, „Sich direkt oder indirekt in die Verwaltung des betroffenen Unternehmens einmischen — unbeschadet der Rechte, die sie in ihrer Eigenschaft als Aktionäre oder Gesellschafter besitzen“.

- im Falle von antragstellenden Unternehmen zusätzlich die Firmenbuchnummer und Angaben zur Größe des Unternehmens sowie allenfalls zur Feststellung des KMU-Status alle erforderlichen Unterlagen¹⁷,
- Beschreibung des Vorhabens mit Angabe des Beginns und des Abschlusses,
- Standort des Vorhabens,
- einen der Eigenart der Leistung entsprechenden Leistungs-, Kosten-, Zeit- und Finanzierungsplan und alle sonstigen auf die geförderte Leistung Bezug habenden Unterlagen
- Ergänzung über andere vorhabenseinschlägige Förderungen (siehe Kumulierungsvorschriften unter 6.1.1.)
- Höhe der für das Vorhaben benötigte Förderung

Des Weiteren hat der Förderungsantrag eine Erklärung zu enthalten, dass

- von einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung ausgegangen werden kann,
- eine ordnungsgemäße Durchführung des geförderten Vorhabens zu erwarten ist, insbesondere aufgrund der vorliegenden fachlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Voraussetzungen,
- kein gesetzlicher Ausschlussgrund vorliegt und
- keine sonstigen Ausschlussgründe vorliegen.

5.3 Prinzipien für Bewertungs- und Auswahlverfahren

Folgende Prinzipien sind von der FFG im Rahmen des Bewertungs- und Auswahlverfahrens einzuhalten:

Die Bewertungs-/Auswahlverfahren müssen folgenden Kriterien entsprechen:

- Fair (Gleiches wird gleichbehandelt),
- transparent,
- nachvollziehbar,
- unbefangen und unabhängig,
- unter Berücksichtigung der Anforderung des Datenschutzes und der Vertraulichkeit,
- der Projektart und dem Förderungsgegenstand angemessen und
- in einem angemessenen Zeitraum umsetzbar.

¹⁷ KMU-Definition gemäß Anhang I der AGVO: Als Unternehmen gilt jede Einheit, unabhängig von ihrer Rechtsform, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt. Dazu gehören insbesondere auch jene Einheiten, die eine handwerkliche Tätigkeit oder andere Tätigkeiten als Einzelpersonen oder Familienbetriebe ausüben, sowie Personengesellschaften oder Vereinigungen, die regelmäßig einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen.

Die FFG hat die Auswahlverfahren in Bewertungshandbüchern (BWH) festzuschreiben, welche sämtliche Schritte des Bewertungs- und Auswahlverfahrens von der Einreichung des Ansuchens bis zur Förderungsentscheidung umfassen sowie die verschiedenen Funktionen und Aufgaben in den spezifischen Bewertungs- und Auswahlverfahren beschreiben. Die Bewertungs- und Auswahlverfahren haben die Unterstützung der jeweiligen Zielsetzungen der Ausschreibungen sicherzustellen.

Prinzipien für Prüfungs- und Bewertungsschritte

- Prüfung der formalen Richtigkeit und Vollständigkeit des Förderungsantrags anhand publizierter Anforderungen;
- Formale Ablehnung des Förderungsantrags, wenn Formalanforderungen nicht erfüllt sind;
- Bewertung gemäß BWH durch FFG-interne und/oder externe Bewertende. Den Bewertenden werden rechtzeitig, in übersichtlicher Form und auf Basis eines sicheren Tools die für die Bewertung nötigen Unterlagen zur Verfügung gestellt;
- Zusätzlich können Fachbegutachtende herangezogen werden, deren Gutachten im Rahmen der Dokumentation schriftlich festzuhalten und als externes Gutachten zu kennzeichnen sind, die aber nicht Mitglieder des Bewertungsgremiums sind;
- Bewertung anhand der publizierten Bewertungskriterien;
- Zusätzlich können, insbesondere bei Ausschreibungen mit niedriger Fallzahl und Projekten mit hoher Komplexität, Hearings durchgeführt werden. Das Hearing dient der Vorstellung des Förderungsantrags durch die Förderungswerbenden und bietet Raum für Fragen und Diskussion;
- Ergebnis des Auswahlverfahrens: Förderungsempfehlung des Bewertungsgremiums an die die Förderungsentscheidung fällende Stelle. Förderungsentscheidung siehe Punkt 5.5.
- Information an und Einschau- sowie Auskunftsrecht für die jeweils richtlinienverantwortlichen Bundesministerinnen/Bundesminister insbesondere in die Antrags- und Prüfungsunterlagen;
- Die Teilnahme von Vertreterinnen und/oder Vertretern der jeweils richtlinienverantwortlichen Bundesministerinnen/Bundesminister an den Bewertungsgremien (ohne Stimmrecht) ist zu ermöglichen;
- Kommunikation der Entscheidung an die Antragstellenden (Ablehnungen jedenfalls mit Begründung);
- Dokumentation der Prüfung, Bewertung, Empfehlung, Entscheidung im Sinne der Nachvollziehbarkeit.

Die FFG hat für die Bewertungsgremien eine Geschäftsordnung zu erstellen, die folgende Punkte regelt:

- Aufgaben

- Stimmberechtigung
- Regelung für Abwesenheit bei Verhinderung
- Beschlussfassung
- Verpflichtung zur Vertraulichkeit bzw. Meldung/Dokumentation von Befangenheit

Prinzipien für die Besetzung von Bewertungsgremien

- Der Art und dem Inhalt der Ausschreibung entsprechende Expertise (Inhaltlich relevanter Bildungsabschluss und/oder mehrjährige praktische Tätigkeit) der Mitglieder:
 - Fachliche Expertise bei Ausschreibungen mit Fokus auf gesellschaftlichen Herausforderungen oder technologischen Schwerpunkten;
 - Expertise zu „strukturellen Zielen“, Kenntnis des österreichischen bzw. internationalen FTI-Systems bei entsprechenden Ausschreibungen
 - Zielgruppenkenntnis
 - Marktkennntnis
 - Querschnittsaspekte (wie zB Umwelt / Gender) soweit relevant für die Projektart (Abbildung in den Kriterien) bzw. für die Ausschreibung
- Eine den ausgeschriebenen Themen und Projektarten entsprechende Größe des Bewertungsgremiums, wobei Folgendes zu beachten ist:
 - Anzahl bei ausschließlicher Bewertung der Anträge durch die Mitglieder des Bewertungsgremiums: mindestens 2 Bewertende je Antrag (ein/e Bewertende/r kann mehrere Anträge bewerten, zu differenzieren nach fixed term call oder open call)
- Gremienzusammensetzung:
 - Es wird auf Diversität (z.B. Erfahrung im Verfahren, (Inter-)Nationalität und Gender-Ausgewogenheit) geachtet
 - Es wird darauf geachtet, dass der Anteil der von Frauen abgegebenen Bewertungen in Bewertungsgremien der FFG gesteigert wird.
 - Es wird darauf geachtet, dass neben Bewertenden mit mehrmaliger Erfahrung im Verfahren auch neue Bewertende beigezogen werden

Für EU-kofinanzierte Bewertungsverfahren und -gremien können nach Maßgabe der EU-rechtlichen Bestimmungen gesonderte Abläufe zur Anwendung kommen.

Vereinfachter Ablauf der Förderungsgewährung

Für Förderungsanträge, die (i) ausschließlich nach formalen Voraussetzungen zu beurteilen sind oder (ii) nur eine einfache und standardisierte inhaltliche Prüfung erfordern, kann, sofern eine vorgesehene Förderungshöhe von 20.000 EUR im Einzelfall nicht überschritten wird, ein ver-

einfacher Ablauf der Förderungsgewährung vorgesehen werden, um eine Verwaltungsvereinfachung und schnelle Bearbeitung zu ermöglichen. Für diese Förderungsanträge kann ein dem Sachverhalt angepasstes vereinfachtes Formular zur schnellen Einreichung verwendet werden, das alle Auflagen und Bedingungen beinhaltet. § 23 Abs. 5 der ARR 2014 kommt zur Anwendung.

Für Förderungsanträge, die eine einfache und standardisierte inhaltliche Prüfung erfordern, fungieren mindestens zwei sachkundige Mitarbeiterinnen und/oder Mitarbeiter der FFG ("Vieraugenprinzip") als Bewertungsgremium.

Für Förderungsanträge, die ausschließlich nach formalen Voraussetzungen zu beurteilen sind, kann das Bewertungsgremium entfallen. Die Prüfung der formalen Voraussetzungen erfolgt in diesen Fällen durch eine/n sachkundige/n Mitarbeiterin oder Mitarbeiter der FFG oder durch eine elektronische Anwendung der FFG.

Die Bestimmungen zur Bestellung, Geschäftsordnung und zur ausgewogenen Geschlechterverteilung des Gremiums kommen im vereinfachten Bewertungsverfahren nicht zwingend zur Anwendung. Die Vertrags- und Berichtsabwicklung kann zwecks Vereinfachung Abweichungen bei Fristen und Berichtsvorlagen beinhalten.

5.4 Bewertungs- und Entscheidungskriterien

Die von den Förderungswerbenden in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu erfüllenden Bedingungen sind mittels Bewertungs- bzw. Entscheidungskriterien festzulegen. Der Katalog der Bewertungs- bzw. Entscheidungskriterien hat Mindestkriterien vorzusehen, welche in jedem Fall zu erfüllen sind. Die FFG prüft die Förderungsanträge auf ihre grundsätzliche Eignung, formale Richtigkeit bzw. Vollständigkeit und hat den jeweiligen Förderungswerbenden allenfalls zur Behebung von Mängeln des Förderungsantrags eine angemessene Frist zu setzen. Nach Ablauf dieser Frist können Mängel des jeweiligen Antrags nicht mehr behoben werden.

5.5 Förderungsentscheidung

Die Förderungsentscheidung trifft auf Grundlage der Empfehlung des Bewertungsgremiums die richtlinienverantwortliche Bundesministerin oder der richtlinienverantwortliche Bundesminister. Die richtlinienverantwortlichen Bundesministerinnen oder Bundesminister können die FFG zur Entscheidung über die Gewährung der Förderungen im Namen und auf Rechnung des Bundes ermächtigen. Diese Ermächtigung ist in den jeweiligen Finanzierungsvereinbarungen festzulegen. Die erforderlichen Informationspflichten der FFG gegenüber den richtlinienverantwortlichen Bundesministerinnen oder Bundesminister über die Förderungsempfehlungen und Förderungsentscheidungen sind im Rahmenvertrag bzw. den Finanzierungsvereinbarungen festzulegen.

5.6 Förderungsverträge

5.6.1 Musterförderungsverträge

Eine Förderung darf nur aufgrund eines schriftlichen Förderungsvertrages gewährt werden. Der als Beilage zum Rahmenvertrag bestehende Musterförderungsvertrag (der sich am Muster des Musterförderungsvertrages des BMF orientiert) ist von der FFG anzuwenden und kann der Eigenart der einzelnen Förderung entsprechend angepasst werden. Folgende Inhalte müssen enthalten sein:

1. Bezeichnung der Rechtsgrundlage,
2. Bezeichnung der Förderungsnehmenden, einschließlich von Daten, die die Identifikation gewährleisten (z.B. Geburtsdatum, Firmenbuchnummer u.ä.),
3. Beginn und Dauer der Laufzeit der Förderung,
4. Art und Höhe der Förderung,
5. genaue Beschreibung des geförderten Vorhabens (Förderungsgegenstand),
6. förderbare und nicht förderbare Kosten,
7. Fristen für die Einbringung des geförderten Vorhabens sowie für die Berichtspflichten,
8. Auszahlungsbedingungen,
9. Kontrolle und Mitwirkung bei der Evaluierung,
10. Bestimmungen über die Einstellung und Rückzahlung der Förderung (siehe Punkt 6.1.3),
11. sonstige zu vereinbarende Vertragsbestimmungen (insbesondere auch eine allfällige Betriebspflicht) sowie
12. besondere Förderungsbedingungen, die der Eigenart des zu fördernden Vorhabens entsprechen und überdies sicherstellen, dass dafür Bundesmittel nur in dem zu Erreichung des angestrebten Erfolges unumgänglich notwendigen Umfang eingesetzt werden.

5.7 Allgemeine Förderungsvoraussetzungen

5.7.1 Gesamtfinanzierung der Leistung

Die Durchführung des Vorhabens muss unter Berücksichtigung der Förderung aus Bundesmitteln finanziell gesichert erscheinen. Die Förderungswerbenden haben dies durch geeignete Unterlagen, insbesondere durch einen Kosten-, Zeit- und Finanzierungsplan nachzuweisen. Die FFG überprüft bei Gewährung der Förderungen, die zugleich als „staatliche Beihilfen“ i.S.d. EU Beihilferechts anzusehen sind, ob die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Förderungswerbenden gegeben ist, wobei auch positive Entwicklungschancen durch das Vorhaben zu berücksichtigen sind. Ebenso wird überprüft, ob ein zu förderndes Unternehmen Gegenstand eines Insolvenzverfahrens ist oder die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger vorliegen.

5.7.2 Anreizeffekt

Voraussetzung für eine Förderung ist, dass das Vorhaben ohne Förderung aus Bundesmitteln nicht oder nicht im notwendigen Umfang durchgeführt werden kann.

Eine Förderung ist nur zulässig, wenn sie einen Anreizeffekt aufweist, d.h. die Förderung muss dazu führen, dass die Förderungsnehmenden ihr Verhalten ändern und zusätzliche Tätigkeiten aufnehmen, die sie ohne die Förderung nicht, nur in geringerem Umfang, auf andere Weise oder an einem anderen Standort ausüben würden. Stellt eine Förderung eine Beihilfe im Sinne des europäischen Beihilfenkontrollrechts dar, so haben jedenfalls die notwendigen Voraussetzungen für das Vorliegen eines Anreizeffekts nach den beihilferechtlichen Regelungen der Europäischen Union vorzuliegen. Das Vorliegen eines Anreizeffekts ist hierbei insbesondere dann auszuschließen, wenn mit den Arbeiten im zu fördernden Vorhaben vor dem Einlangen eines Förderungsantrags begonnen wurde. Dies schließt nicht aus, dass die Förderungswerbenden bereits Durchführbarkeitsstudien bzw. vergleichbare Vorarbeiten vorgenommen haben, die nicht von dem Förderungsantrag erfasst werden. Liegt keine Beihilfe im Sinne des europäischen Beihilfenkontrollrechts vor, erfordert der Anreizeffekt, dass das Vorhaben ohne Förderung aus Bundesmitteln nicht oder nicht im notwendigen Umfang durchgeführt werden kann.

5.7.3 Förderungszeitraum

Eine Förderung darf entsprechend der Eigenart der Leistung nur zeitlich befristet gewährt werden. Die maximale Dauer der Projekte ist in den jeweiligen Leitfäden für die Projektarten festzulegen. Eine Überschreitung der Projektlaufzeit ist nur dann möglich, wenn einem Antrag auf Projektzeitverlängerung durch die FFG zugestimmt wurde und diese feststellt, dass der bewilligte Förderungszweck aufrechterhalten bleibt. Damit ist eine kostenneutrale Verlängerung der Projektlaufzeit möglich. Sonstige Verlängerungen bedürfen eines gesonderten Förderungsantrags.

5.7.4 Allgemeine Förderungsbedingungen

Die Gewährung einer Förderung ist von der FFG von der Einhaltung folgender allgemeiner Förderungsbedingungen abhängig zu machen, wonach der oder die Förderungswerbende insbesondere

1. mit der Durchführung der Leistung gemäß dem vereinbarten Zeitplan, ansonsten unverzüglich nach Gewährung der Förderung beginnt, die Leistung zügig durchführt und diese innerhalb der vereinbarten, ansonsten innerhalb einer angemessenen Frist abschließt,
2. der FFG alle Ereignisse, welche die Durchführung der geförderten Leistung verzögern oder unmöglich machen, oder eine Abänderung gegenüber dem Förderungsantrag oder vereinbarten Auflagen und Bedingungen erfordern würde, unverzüglich und aus eigener Initiative anzeigt und ihren oder seinen Mitteilungspflichten jeweils unverzüglich nachkommt,

3. Organen oder Beauftragten des Bundes und der Europäischen Union Einsicht in ihre oder seine Bücher und Belege sowie in sonstige der Überprüfung der Durchführung der Leistung dienende Unterlagen bei sich selbst oder bei Dritten und die Besichtigung an Ort und Stelle gestattet oder auf deren Verlangen vorlegt, ihnen die erforderlichen Auskünfte erteilt oder erteilen lässt und hierzu eine geeignete Auskunftsperson bereitstellt, wobei über den jeweiligen Zusammenhang dieser Unterlagen mit der Leistung das Prüforgan entscheidet,
4. alle Bücher und Belege sowie sonstige in Z 3 genannten Unterlagen zehn Jahre ab dem Ende des Jahres der Auszahlung der gesamten Förderung, mindestens jedoch ab der Durchführung der Leistung sicher und geordnet aufbewahrt; sofern unionsrechtlich darüberhinausgehende Fristen gelten, kommen diese zur Anwendung,
5. zur Aufbewahrung grundsätzlich auch geeignete Bild- und Datenträger verwenden kann, wenn die vollständige, geordnete, inhaltsgleiche, urschriftgetreue und überprüfbare Wiedergabe bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist jederzeit gewährleistet ist; in diesem Fall sind die Förderungswerbenden zu verpflichten, auf ihre Kosten alle Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen, die notwendig sind, um die Bücher, Belege und sonstigen Unterlagen lesbar zu machen und, soweit erforderlich, ohne Hilfsmittel lesbare dauerhafte Wiedergaben beizubringen sowie bei Erstellung von dauerhaften Wiedergaben diese auf Datenträgern zur Verfügung zu stellen,
6. bei der Vergabe von Aufträgen für Lieferungen und Leistungen unbeschadet der Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes 2018 (BVergG 2018), BGBl. I Nr. 65/2018, zu Vergleichszwecken nachweislich mehrere Angebote einholt, soweit dies im Hinblick auf die Höhe des geschätzten Auftragswertes und im Sinne einer Verwaltungsvereinfachung zweckmäßig ist. Allfällige nähere Bestimmungen werden im Förderungsvertrag verankert,
7. Förderungsmittel des Bundes unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit einsetzt und insbesondere bei Gesamtförderungen in ihrer oder seiner gesamten Gebarung diese Grundsätze befolgt,
8. Förderungsmittel des Bundes nicht zur Bildung von Rücklagen oder Rückstellungen nach dem Einkommensteuergesetz 1988, (EStG 1988), BGBl. Nr. 400, oder dem Unternehmensgesetzbuch, dRGBL S 219/1897 verwendet,
9. über die Durchführung der Leistung unter Vorlage eines Verwendungsnachweises gemäß 6.1.2. innerhalb zu vereinbarenden Fristen berichtet,
10. über den Anspruch aus einer gewährten Förderung weder durch Abtretung, Anweisung oder Verpfändung noch auf andere Weise verfügt,
11. die Rückzahlungsverpflichtung gemäß Pkt. 6.1.3. übernimmt,
12. grundsätzlich eine hinreichende Sicherstellung für allfällige Rückzahlungs- und Abgeltungsverpflichtungen bietet und
13. das Gleichbehandlungsgesetz, BGBl. I Nr. 66/2004, beachtet, sofern es sich um die Förderung eines Unternehmens handelt, und das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz,

BGBl. I Nr. 82/2005, sowie das Diskriminierungsverbot gemäß § 7b des Behinderteneinstellungsgesetzes (BEinstG), BGBl. Nr. 22/1970, berücksichtigt.

6 Kontrolle, Auszahlung und Evaluierung

Den Förderungsnehmenden ist jedenfalls eine Mitteilungspflicht bis zum Abschluss der Rechnungsprüfung durch die FFG aufzuerlegen, die auch jene Förderungen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem geförderten Vorhaben umfasst, um die sie nachträglich ansuchen.

6.1 Kontrolle

6.1.1 Kumulierung und Mehrfachförderung

Vor Gewährung einer Förderung ist von der FFG zu erheben:

1. welche Förderungen aus öffentlichen Mitteln einschließlich EU-Mitteln den Förderungswerbenden in den letzten drei Jahren vor Einbringung des Förderungsantrags für dieselbe Leistung (für das Vorhaben, aber auch für einzelne Kostenarten), auch wenn mit verschiedener Zweckwidmung, gewährt wurden, und
2. um welche derartigen Förderungen sie bei einer anderen haushaltsführenden Stelle des Bundes oder einem anderen Rechtsträger einschließlich anderer Gebietskörperschaften und der Europäischen Union angesucht haben, über die Gewährung aber noch nicht entschieden wurde oder sie noch ansuchen wollen.

Die Erhebung hat insbesondere durch entsprechende Angaben der Förderungswerbenden zu erfolgen. Die FFG hat angemessene und wirksame Methoden zur Überprüfung (z.B. regelmäßige Abstimmung mit relevanten Förderungseinrichtungen oder im Verdachtsfall Beiziehung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anderer Förderungseinrichtungen etc.) der Angaben der Förderungswerbenden vorweg festzulegen, die geeignet sind, unerwünschte Mehrfachförderungen zu vermeiden. Dabei ist auch eine Abfrage aus dem Transparenzportal vorzunehmen.

Werden Unionsmittel, die von den Organen, Einrichtungen, gemeinsamen Unternehmen oder sonstigen Stellen der Europäischen Union zentral verwaltet werden und nicht direkt oder indirekt der Kontrolle der Mitgliedstaaten unterstehen, mit staatlichen Beihilfen kombiniert, so werden bei der Feststellung, ob die Anmeldeschwellen und Beihilfehöchstintensitäten oder Beihilfehöchstbeträge eingehalten sind, nur die staatlichen Beihilfen berücksichtigt, sofern der Gesamtbetrag der für dieselben beihilfefähigen Kosten gewährten öffentlichen Mittel den in den einschlägigen Vorschriften des Unionsrechts festgelegten günstigsten Finanzierungssatz nicht überschreitet.

Beihilfen auf Basis dieser Richtlinie, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten bestimmen lassen, können kumuliert werden mit

1. anderen staatlichen Beihilfen, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbare beihilfefähige Kosten betreffen;
2. anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten, jedoch nur, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach der AGVO Verordnung für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrags nicht überschritten wird.

Beihilfen auf Basis dieser Richtlinie dürfen nicht mit De-minimis-Beihilfen für dieselben beihilfefähigen Kosten kumuliert werden, wenn durch diese Kumulierung die in Punkt 4.2. festgelegten Beihilfeintensitäten überschritten werden.

Insbesondere stellen Unionsmittel, die zentral von der Kommission verwaltet werden und nicht der mittelbaren oder unmittelbaren Kontrolle des Mitgliedstaates unterliegen, keine staatliche Beihilfe dar und sollten daher bei der Prüfung der Einhaltung der Anmeldeschwellen und Förderobergrenzen gemäß AGVO nicht berücksichtigt werden, vorausgesetzt, der günstigste Finanzierungssatz gemäß einschlägigem EU-Recht (in der Regel die in Horizon Europe vorgegebenen Obergrenzen) wird durch den Gesamtbetrag nicht überschritten.

Daher hat die FFG vor der Gewährung einer Förderung, bei Verdacht des Vorliegens unerlaubter Mehrfachförderungen, andere in Betracht kommende Förderungsgeber zu verständigen. Aufgrund eines wirksamen risikobasierten Kontrollverfahrens zur Identifizierung von Verdachtsfällen wird die FFG durch Abstimmung mit anderen Förderungseinrichtungen die vorhandenen Datenbanksysteme nutzen. Liegt eine unerlaubte Mehrfachförderung vor, ist keine Förderung zu gewähren.

Eine Förderung kann jedoch dann gewährt werden, wenn insbesondere

1. der Förderungsantrag derart abgeändert wird oder im Förderungsvertrag derartige Auflagen und Bedingungen vorgesehen werden, dass das Vorliegen einer unerlaubten Mehrfachförderung ausgeschlossen werden kann,
2. von einer ordnungsgemäßen Durchführung und Abrechnung des geförderten Vorhabens ausgegangen werden kann und
3. die sonstigen Förderungsvoraussetzungen gegeben sind.

6.1.2 Kontrolle der widmungsgemäßen Verwendung der Förderungsmittel

Die FFG hat eine Kontrolle der widmungsgemäßen Verwendung der Förderungsmittel sowie der Einhaltung der vertraglichen Förderungsbestimmungen, Bedingungen und Auflagen durchzuführen. Bei mehrjährigen Leistungen sind in den im Förderungsvertrag vorgesehenen Abständen, jedenfalls aber in angemessenen Zeitabständen auf Grundlage von Verwendungsnachweisen (Zwischenberichte) Zwischenkontrollen durchzuführen, sofern dies auf Grund der Dauer

der Leistungen zweckmäßig ist. Die Möglichkeit, Zwischenberichte zu legen, ist in den jeweiligen Leitfäden und den Förderungsverträgen nach Maßgabe der Dauer und des Umfangs der Leistung zweckmäßig festzulegen.

Der Verwendungsnachweis hat aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis zu bestehen. Aus dem Sachbericht muss insbesondere die Verwendung der aus Bundes-, Landes- und EU-Mitteln gewährten Förderung, der nachweisliche Bericht über die Durchführung des geförderten Vorhabens sowie der durch diese erzielten Ergebnisse hervorgehen.

Der zahlenmäßige Nachweis muss eine durch Belege nachweisbare Aufgliederung aller mit dem geförderten Vorhaben zusammenhängenden Einnahmen und Ausgaben umfassen. Die FFG hat sich die Vorlage der Belege (auch unter Nutzung von elektronischen Medien) oder die Einsichtnahme in diese bei den Förderungsnehmenden vorzubehalten. Für die Übermittlung von Belegen gilt § 24 Abs.2 Z 5 ARR 2014 sinngemäß. Die FFG hat die Termine für die Vorlage der Verwendungsnachweise laufend zu überwachen und die Verwendungsnachweise (Zwischen- und Endberichte) zeitnahe zu überprüfen. Es sind insbesondere auch Leistungs- und Zahlungsnachweise zu überprüfen. Haben die Förderungsnehmenden für denselben Verwendungszweck auch eigene finanzielle Mittel eingesetzt oder von einem anderen Rechtsträger finanzielle Mittel erhalten, so ist auszubedingen, dass der zahlenmäßige Nachweis auch diese umfasst.

Die FFG hat vorweg angemessene und wirksame risikobasierte Kontrollverfahren festzulegen, durch die gewährleistet werden kann, dass Förderungsmissbrauch und unerwünschte Mehrfachförderungen vermieden werden.

Es werden von der FFG Kontrollen durchgeführt, die zumindest stichprobenartig die Überprüfung der Belege sowie die Einhaltung der rechtlichen und vertraglichen Vorschriften umfasst. Die FFG wird im Zuge des Endberichtes eine Erklärung einfordern, dass die abgerechneten Leistungen von keiner anderen Förderungseinrichtung in unzulässiger Weise gleichfalls gefördert wurden. Die Förderungsnehmenden haben zur Kenntnis zu nehmen, dass die missbräuchliche Verwendung von Förderungsmitteln strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann.

6.1.3 Einstellung der Förderung und Rückzahlung

Die Förderungsnehmenden sind zu verpflichten – unter Vorbehalt der Geltendmachung weitergehender gesetzlicher Ansprüche, insbesondere auch einer Rückzahlungsverpflichtung gemäß § 30b AuslBG – die Förderung aufgrund einer begründeten Entscheidung und Aufforderung der FFG oder der Europäischen Union sofort zurückzuerstatten, wobei der Anspruch auf zugesicherte und noch nicht ausbezahlte Förderungsmittel erlischt, wenn insbesondere

1. Organe oder Beauftragte des Bundes oder der Europäischen Union von den Förderungsnehmenden über wesentliche Umstände unrichtig oder unvollständig unterrichtet worden sind,
2. von den Förderungsnehmenden vorgesehene Berichte nicht erstattet, Nachweise nicht erbracht oder erforderliche Auskünfte nicht erteilt worden sind, sofern in diesen Fällen

eine schriftliche, entsprechend befristete und den ausdrücklichen Hinweis auf die Rechtsfolge der Nichtbefolgung enthaltende Mahnung erfolglos geblieben ist, sowie sonstige in dieser Richtlinie vorgesehene Mitteilungen unterlassen wurden,

3. die Förderungsnehmenden nicht aus eigener Initiative unverzüglich – jedenfalls noch vor einer Kontrolle oder deren Ankündigung – Ereignisse melden, welche die Durchführung des geförderten Vorhabens verzögern oder unmöglich machen oder deren Abänderung erfordern würde,
4. die Förderungsnehmenden vor ordnungsgemäßem Abschluss des geförderten Vorhabens¹⁸ oder innerhalb einer Frist von 3 Jahren nach deren Abschluss den Betrieb einstellen oder entgeltlich veräußern oder eine allfällige Betriebspflicht nicht einhalten,
5. die Förderungsnehmenden vorgesehene Kontrollmaßnahmen be- oder verhindern oder die Berechtigung zur Inanspruchnahme der Förderung innerhalb des für die Aufbewahrung der Unterlagen vorgesehenen Zeitraumes nicht mehr überprüfbar ist,
6. die Förderungsmittel von den Förderungsnehmenden ganz oder teilweise widmungswidrig verwendet worden sind,
7. die Leistung von den Förderungsnehmenden nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden kann oder durchgeführt worden ist,
8. von den Förderungsnehmenden das Abtretungs-, Anweisungs-, Verpfändungs- und sonstige Verfügungsverbot gemäß Pkt. 5.7.4. nicht eingehalten wurde,
9. die Bestimmungen des Gleichbehandlungsgesetzes von einem geförderten Unternehmen nicht beachtet wurden,
10. das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz oder das Diskriminierungsverbot gemäß § 7b B EinstG nicht berücksichtigt wird,
11. den Förderungsnehmenden obliegende Publizitätsmaßnahmen (§ 31 ARR 2014) nicht durchgeführt werden (nur bei EU-Förderungsmitteln),
12. von Organen der Europäischen Union die Aussetzung und/oder Rückforderung verlangt wird oder
13. sonstige Förderungsvoraussetzungen, Bedingungen oder Auflagen, insbesondere solche, die die Erreichung des Förderungszwecks sichern sollen, von den Förderungsnehmenden nicht eingehalten wurden.

Anstelle der vorher genannten gänzlichen Rückforderung kann bei einzelnen Tatbeständen eine bloß teilweise Einstellung oder Rückzahlung der Förderung vorgesehen werden, wenn

1. die von den Förderungsnehmenden übernommenen Verpflichtungen teilbar sind und die durchgeführte Teilleistung für sich allein förderungswürdig ist,

¹⁸ Siehe 3. unter 10.2. im Anhang.

2. kein Verschulden der Förderungsnehmenden am Rückforderungsgrund vorliegt und
3. für den Förderungsgeber die Aufrechterhaltung des Förderungsvertrages weiterhin zumutbar ist.

Es ist eine Verzinsung des Rückzahlungsbetrages vom Tag der Auszahlung der Förderung an mit 4 vH pro Jahr unter Anwendung der Zinsmethode zu vereinbaren. Liegt dieser Zinssatz unter dem von der Europäischen Union für Rückforderungen festgelegten Zinssatz, ist der von der Europäischen Union festgelegte heranzuziehen. Für den Fall eines Verzuges bei der Rückzahlung der Förderung sind Verzugszinsen zu vereinbaren. Bei Verzug von Unternehmen sind diese bei Verschulden mit 9,2 Prozentpunkten über dem jeweils geltenden Basiszinssatz pro Jahr ab Eintritt des Verzuges festzulegen, andernfalls mit 4 Prozentpunkten über dem jeweils geltenden Basiszinssatz, mindestens jedoch 4 vH. Der Basiszinssatz, der am ersten Kalendertag eines Halbjahres gilt, ist für das jeweilige Halbjahr maßgebend.

6.2 Auszahlung

Die Auszahlung der Förderung darf nur insoweit und nicht eher vorgenommen werden, als sie zur Leistung fälliger Zahlungen durch die Förderungsnehmenden für das geförderte Vorhaben entsprechend dem Förderungszweck benötigt wird, und darf nur an die Förderungsnehmenden oder an andere im Förderungsvertrag ausdrücklich genannte natürliche oder juristische Personen oder Personengesellschaften erfolgen.

Die Auszahlung der Förderung für eine Leistung, die sich über einen längeren Zeitraum erstreckt, kann der voraussichtlichen Bedarfslage entsprechend grundsätzlich in pauschalisierten Teilbeträgen und mit der Maßgabe vorgesehen werden, dass ein weiterer Teilbetrag erst dann ausbezahlt wird, wenn ein Verwendungsnachweis über den jeweils bereits ausbezahlten Teilbetrag erbracht worden ist, wobei die Auszahlung von mindestens 10 vH des insgesamt zugesicherten Förderungsbetrages grundsätzlich erst nach erfolgter Abnahme des abschließenden Verwendungsnachweises vorzubehalten ist.

Bei der Festlegung der Auszahlungstermine ist auch auf die Verfügbarkeit der erforderlichen Bundes- und Landesmittel und bei von der Europäischen Union kofinanzierten Leistungen auf die Bereitstellung der entsprechenden EU-Mittel Bedacht zu nehmen.

Sofern mit der Eigenart der Förderung vereinbar, ist überdies auszubedingen, dass die Auszahlung der Förderung aufgeschoben werden kann, wenn und solange Umstände vorliegen, die die ordnungsgemäße Durchführung der Leistung nicht gewährleistet erscheinen lassen.

Nach ordnungsgemäßer Durchführung und Abrechnung des geförderten Vorhabens sind nicht verbrauchte Förderungsmittel unter Verrechnung von Zinsen in der Höhe von 2 Prozentpunkten über dem jeweils geltenden Basiszinssatz pro Jahr ab dem Tag der Auszahlung der Förderung unverzüglich zurückzufordern.

6.3 Evaluierung des Beitrags der geförderten Projekte

Im Förderungsvertrag ist festzulegen, dass und in welcher Form die Förderungsnehmenden an Evaluierungen mitzuwirken und welche Informationen sie im Rahmen von Evaluierungen bekannt zu geben haben, die zur Beurteilung der Erreichung der festgelegten Indikatoren erforderlich sind. Diese Informationen können auch in definierten Berichten der FFG abgefragt werden.

6.4 Darstellung der Forschungsergebnisse

Die mit öffentlicher Förderung erzielten Forschungsergebnisse sind einer bestmöglichen Verwertung für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zuzuführen.

Die FFG kann spezifische Bestimmungen hinsichtlich der Schutzrechte in den Ausschreibungsdokumenten festlegen.

6.5 Berichterstattung an die Bundesministerin oder den Bundesminister

Die FFG hat gemäß den im Rahmenvertrag/Finanzierungsvereinbarung festgelegten Details der richtlinienverantwortlichen Bundesministerin/dem richtlinienverantwortlichen Bundesminister in aggregierter Form Berichte über die auf Basis dieser Richtlinie vergebenen Förderungen/Ablehnungen, den Projektfortschritten und den Ergebnissen zu legen, um eine bestmögliche Verwertung im öffentlichen Interesse und eine Integration der Ergebnisse in die weitere Förderungsgestaltung zu ermöglichen.

6.6 Veröffentlichung

Der volle Wortlaut der Richtlinie sowie eine Kurzbeschreibung sind auf der Homepage der jeweiligen richtlinienverantwortlichen Ministerien und auf der Website der FFG veröffentlicht. Des Weiteren wird auf der Beihilfe-Website der EU (TAM) über jede Einzelbeihilfe, die den Betrag nach Maßgabe der unionsrechtlichen Bestimmungen übersteigt, eine Information über die gewährte Beihilfe veröffentlicht.

Die richtlinienverantwortlichen Bundesministerien und/oder die FFG sind berechtigt Informationen und Daten von öffentlichem Interesse wie z.B. Informationen gemäß Anhang III der AGVO oder Projektabstracts zu veröffentlichen. Die Förderungsnehmenden können gegen Veröffentlichungen begründeten Einspruch (z.B. Patentierung, Geschäftsgeheimnis, etc.) erheben.

6.7 Datenschutz

Die Förderungswerbenden nehmen zur Kenntnis, dass die richtlinienverantwortlichen Bundesministerien und die FFG als gemeinsame Verantwortliche berechtigt sind, die im Zusammen-

hang mit der Anbahnung und Abwicklung des Vertrages anfallenden personenbezogenen Daten zu verarbeiten, wenn dies für den Abschluss und die Abwicklung des Förderungsvertrages, für Kontrollzwecke und die Wahrnehmung gesetzlich übertragener Aufgaben erforderlich ist.

Die Förderungswerbenden nehmen ebenfalls zur Kenntnis, dass die richtlinienverantwortlichen Bundesministerien und die FFG als gemeinsame Verantwortliche berechtigt sind, die für die Beurteilung des Vorliegens der Förderungsvoraussetzungen und zur Prüfung des Verwendungsnachweises erforderlichen personenbezogenen Daten über die von ihr oder ihm selbst erteilten Auskünfte hinaus auch durch Rückfragen bei den in Betracht kommenden anderen Organen des Bundes oder bei einem anderen Rechtsträger, der einschlägige Förderungen zuerkennt oder abwickelt, oder bei sonstigen Dritten zu erheben und an diese zu übermitteln, wobei diese wiederum berechtigt sind, die für die Anfrage erforderlichen personenbezogenen Daten zu verarbeiten und Auskunft zu erteilen. Des Weiteren sind Transparenzportalabfragen gemäß § 32 Abs. 5 TDBG 2012 möglich.

Die Förderungswerbenden sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Offenlegung von Daten natürlicher Personen gegenüber den richtlinienverantwortlichen Bundesministerien und der FFG in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der DSGVO erfolgt.

Des Weiteren wird den Förderungswerbenden zur Kenntnis gebracht, dass personenbezogene Daten insbesondere an Organe und Beauftragte des Rechnungshofes (insbesondere gemäß § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 1 und § 13 Abs. 3 des Rechnungshofgesetzes 1948, BGBl. Nr. 144 idgF), des Bundesministeriums für Finanzen (insbesondere gemäß §§ 57 bis 61 und 47 des Bundesgesetzes über die Führung des Bundeshaushaltes 2013, BGBl. I Nr. 139/2009 idgF, sowie § 14 der Allgemeine Rahmenrichtlinien für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln, BGBl. II Nr. 208/2014 idgF) und der Europäischen Union nach den EU-rechtlichen Bestimmungen übermittelt oder offengelegt werden müssen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die FFG als Förder- und Zuwendungsstelle gemäß § 2g des Bundesgesetzes über allgemeine Angelegenheiten gemäß Art. 89 DSGVO und die Forschungsorganisation (Forschungsorganisationsgesetz – FOG), BGBl. 341/1981 idgF, zur Vergabe von Fördermitteln für die Entwicklung und Erschließung der Künste und Zwecken gemäß Art. 89 Abs. 1 DSGVO sowie der Geltendmachung, Ausübung und Verteidigung von Rechtsansprüchen insbesondere Anträge, Angebote, Verträge, Gutachten sowie sonstige Daten (sog. „Förderunterlagen“) verarbeiten, d.h. insbesondere an andere Art 89-Förder- und Zuwendungsstellen, öffentliche Stellen, Gutachterinnen und Gutachter sowie Auftragsverarbeiter übermitteln, wobei Förderunterlagen jedenfalls für die Dauer von zehn Jahren, gespeichert und gegebenenfalls sonst verarbeitet werden dürfen. Ebenfalls dürfen Förder- und Zuwendungsstellen im Internet oder im Rahmen sonst öffentlich zugänglicher Berichte personenbezogene Daten für die oben genannten Zwecke verarbeiten. Gleiches gilt für Verarbeitung von personenbezogenen Daten für Zwecke der Kontaktaufnahme.

Es wird ebenfalls darauf hingewiesen, dass sowohl die Empfangenden von Fördermitteln als auch die Förderungseinrichtungen für Zwecke der Abwicklung, der Dokumentation und Beweis-sicherung, des Monitorings und der Revision von Art-89-Mitteln gemäß § 2g Abs. 4 FOG insbe-sondere Angaben zu allen im Rahmen des Projekts beschäftigten Personen (wie insbesondere Arbeitsverträge, nähere Angaben zum Arbeitsverhältnis, Arbeitszeitaufzeichnungen, Abwesen-heiten, Gehaltsbelege, Qualifizierungs- und Karriereschritte sowie Angaben zu Reise- und Vor-tragstätigkeiten) verarbeiten dürfen.

Für über diese Bestimmungen hinausgehende Verarbeitungen personenbezogener Daten ist von der FFG eine Zustimmungserklärung der betroffenen Personen einzuholen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FFG, ihre Mitglieder der Organe und Beiräte sowie die Sachverständigen betreffend Tatsachen, die ihnen in Wahrnehmung ihrer Tätigkeit für die FFG zur Kenntnis gelangen und deren Geheimhaltung im berechtigten Interesse der FFG oder der Förderungswerbenden gelegen ist, zu Verschwie-genheit verpflichtet sind. Daten dürfen an Dritte nur übermittelt werden, wenn bundesgesetz-liche Vorschriften dies vorsehen oder die betroffene Person in die Übermittlung eingewilligt hat.

Geschäftsgeheimnisse im Sinne der §§ 26a ff des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wett-bewerb 1984 (UWG), BGBl. BGBl. Nr. 448/1984 idgF, welche der FFG übermittelt werden, ha-ben die Förderungswerbenden der FFG ausdrücklich aufzuzeigen.

7 Geschlechtssensible Sprache

Soweit diese Richtlinie Auszüge aus anderen Dokumenten (z.B. Freistellungsverordnungen der Europäischen Union) enthalten, sind die auf natürliche Personen bezogenen Bezeichnungen, entsprechend den Originaltexten, nur in männlicher Form angeführt. Diese Bezeichnungen be-ziehen sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise. Bei der Durchführung von Maßnah-men auf Basis dieser Richtlinie ist eine geschlechtssensible Sprache zu verwenden.

8 Geltungsdauer, Übergangs- und Schlussbestim-mungen

Diese FFG-Missionen-Richtlinie tritt am 01.01.2022 in Kraft und ist bis zur ordnungsgemäßen Beendigung des letzten, auf Grundlage dieser Richtlinie geförderten Vorhabens anzuwenden. Ausschreibungen auf Basis dieser Richtlinie können bis 31.12.2023 veröffentlicht werden, über beihilfefähige Vorhaben kann bis 30.06.2024 entschieden werden. Über Nicht-Beihilfe-Vorha-ben kann bis 31.12.2024 entschieden werden.

Nach Ablauf dieses Zeitraums ist die FFG-Missionen-Richtlinie nur mehr auf Vorhaben anzu-wenden, über welche, basierend auf dieser Richtlinie, der Förderungsvertrag abgeschlossen wurde.

9 Gerichtsstand

Als Gerichtsstand in allen aus der Gewährung einer Förderung entstehenden Rechtsstreitigkeiten ist das sachlich zuständige Gericht in Wien vorzusehen. Der Republik Österreich ist vorzubehalten, die Förderungsnehmenden auch bei ihrem allgemeinen Gerichtsstand zu belangen.

10 Anhang

10.1 Begriffsbestimmungen und Spezifika für Beihilfen für Forschung und Entwicklung und Innovation sowie für Ausbildung (AGVO)

1. **„Grundlagenforschung“** bezeichnet experimentelle oder theoretische Arbeiten, die in erster Linie dem Erwerb neuen Grundlagenwissens ohne erkennbare direkte kommerzielle Anwendungsmöglichkeiten dienen.
2. **„industrielle Forschung“** bezeichnet planmäßiges Forschen oder kritisches Erforschen zur Gewinnung neuer Kenntnisse und Fertigkeiten mit dem Ziel, neue Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen zu entwickeln oder wesentliche Verbesserungen bei bestehenden Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen herbeizuführen. Hierzu zählen auch die Entwicklung von Teilen komplexer Systeme und unter Umständen auch der Bau von Prototypen in einer Laborumgebung oder in einer Umgebung mit simulierten Schnittstellen zu bestehenden Systemen wie auch von Pilotlinien, wenn dies für die industrielle Forschung und insbesondere die Validierung von technologischen Grundlagen notwendig ist.
3. **„angewandte Forschung“** bedeutet industrielle Forschung, experimentelle Entwicklung oder eine Kombination von beidem.
4. **„experimentelle Entwicklung“** bezeichnet den Erwerb, die Kombination, die Gestaltung und die Nutzung vorhandener wissenschaftlicher, technischer, wirtschaftlicher und sonstiger einschlägiger Kenntnisse und Fertigkeiten mit dem Ziel, neue oder verbesserte Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen zu entwickeln. Dazu zählen zum Beispiel auch Tätigkeiten zur Konzeption, Planung und Dokumentation neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen. Die experimentelle Entwicklung kann die Entwicklung von Prototypen, Demonstrationsmaßnahmen, Pilotprojekte sowie die Erprobung und Validierung neuer oder verbesserter Produkte, Verfahren und Dienstleistungen in einem für die realen Einsatzbedingungen repräsentativen Umfeld umfassen, wenn das Hauptziel dieser Maßnahmen darin besteht, im Wesentlichen noch nicht feststehende Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen weiter zu verbessern. Die experimentelle Entwicklung kann die Entwicklung von kommerziell nutzbaren Prototypen und Pilotprojekten einschließen, wenn es sich dabei zwangsläufig um das kommerzielle Endprodukt handelt und dessen Herstellung allein für Demonstrations- und Validierungszwecke zu teuer wäre. Die experimentelle Entwicklung umfasst keine routinemäßigen oder regelmäßigen Änderungen an bestehenden Produkten, Produktionslinien, Produktionsverfahren, Dienstleistungen oder anderen

laufenden betrieblichen Prozessen, selbst wenn diese Änderungen Verbesserungen darstellen sollten.

5. **„Durchführbarkeitsstudie“** bezeichnet die Bewertung und Analyse des Potenzials eines Vorhabens mit dem Ziel, die Entscheidungsfindung durch objektive und rationale Darlegung seiner Stärken und Schwächen sowie der mit ihm verbundenen Möglichkeiten und Gefahren zu erleichtern und festzustellen, welche Ressourcen für seine Durchführung erforderlich wären und welche Erfolgsaussichten das Vorhaben hätte.
6. **„wirksame Zusammenarbeit“** erfasst arbeitsteilige Zusammenarbeit von mindestens zwei unabhängigen Partnern mit Blick auf einen Wissens- oder Technologieaustausch oder auf ein gemeinsames Ziel, wobei die Partner den Gegenstand des Verbundprojekts gemeinsam festlegen, einen Beitrag zu seiner Durchführung leisten und seine Risiken und Ergebnisse teilen. Die Gesamtkosten des Vorhabens können von einem oder mehreren Partnern getragen werden, so dass andere Partner von den finanziellen Risiken des Vorhabens befreit sind. Auftragsforschung und die Erbringung von Forschungsleistungen gelten nicht als Formen der Zusammenarbeit.
7. **„Einrichtung für Forschung und Wissensverbreitung“** oder **„Forschungseinrichtung“** bezeichnet Einrichtungen wie Hochschulen oder Forschungsinstitute, Technologietransfer-Einrichtungen, Innovationsmittler, forschungsorientierte physische oder virtuelle Kooperations-einrichtungen, unabhängig von ihrer Rechtsform (öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich) oder Finanzierungsweise, deren Hauptaufgabe darin besteht, unabhängige Grundlagenforschung, industrielle Forschung oder experimentelle Entwicklung zu betreiben oder die Ergebnisse derartiger Tätigkeiten durch Lehre, Veröffentlichung oder Wissenstransfer zu verbreiten. Übt eine derartige Einrichtung auch wirtschaftliche Tätigkeiten aus, muss sie über deren Finanzierung, Kosten und Erlöse getrennt Buch führen. Unternehmen, die beispielsweise als Anteilseigner oder Mitglied bestimmenden Einfluss auf eine solche Einrichtung ausüben können, darf kein bevorzugter Zugang zu den von ihr erzielten Ergebnissen gewährt werden.
8. **„Forschungsinfrastruktur“** bezeichnet Einrichtungen, Ressourcen und damit verbundene Dienstleistungen, die von Wissenschaftlern für die Forschung auf ihrem jeweiligen Gebiet genutzt werden; unter diese Definition fallen Geräte und Instrumente für Forschungszwecke, wissenschaftliche Ressourcen wie Sammlungen, Archive oder strukturierte wissenschaftliche Informationen, Infrastrukturen der Informations- und Kommunikationstechnologie wie GRID-Netze, Rechner, Software und Kommunikationssysteme sowie sonstige besondere Einrichtungen, die für die Forschung unverzichtbar sind. Solche Forschungsinfrastrukturen können „an einem einzigen Standort angesiedelt“ oder auch „verteilt“ (ein organisiertes Netz von Ressourcen) sein.
9. **„Innovationscluster“** sind Einrichtungen oder organisierte Gruppen von unabhängigen Partnern (z.B. innovative Unternehmensneugründungen, kleine, mittlere und große Unternehmen, Einrichtungen für Forschung und Wissensverbreitung, gemeinnützige Einrichtungen sowie andere miteinander verbundene Wirtschaftsbeteiligte), die durch entsprechende Förderung, die gemeinsame Nutzung von Anlagen, den Austausch von Wissen

und Know-how und durch einen wirksamen Beitrag zum Wissenstransfer, zur Vernetzung, Informationsverbreitung und Zusammenarbeit unter den Unternehmen und anderen Einrichtungen des Innovationsclusters Innovationstätigkeit anregen sollen.

Entgelte für die Nutzung der Anlagen und die Beteiligung an Tätigkeiten des Innovationsclusters müssen dem Marktpreis entsprechen beziehungsweise die Kosten widerspiegeln. Investitionsbeihilfen können für den Auf- oder Ausbau des Innovationsclusters gewährt werden. Beihilfefähige Kosten sind die Kosten der Investitionen in materielle und immaterielle Vermögenswerte. Die Beihilfeintensität kann bei Innovationsclustern in Fördergebieten nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe a AEUV um 15 % und bei Innovationsclustern in Fördergebieten nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV um 5 % erhöht werden. Für den Betrieb von Innovationsclustern können Betriebsbeihilfen gewährt werden. Dies ist für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren möglich.

10. **„hochqualifiziertes Personal“** bezeichnet Personal mit Hochschulabschluss und mindestens fünf Jahren einschlägiger Berufserfahrung, zu der auch eine Promotion zählen kann.
11. **„Innovationsberatungsdienste“**: Beratung, Unterstützung und Schulung in den Bereichen Wissenstransfer, Erwerb, Schutz und Verwertung immaterieller Vermögenswerte sowie Anwendung von Normen und Vorschriften, in denen diese verankert sind.
12. **„innovationsunterstützende Dienstleistungen“**: Bereitstellung von Büroflächen, Datenbanken, Bibliotheken, Marktforschung, Laboratorien, Gütezeichen, Tests und Zertifizierung zum Zweck der Entwicklung effizienterer Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen.
13. **„Organisationsinnovation“**: Die Anwendung neuer Organisationsmethoden in den Geschäftspraktiken, den Arbeitsabläufen oder Geschäftsbeziehungen eines Unternehmens; nicht als Organisationsinnovation angesehen werden Änderungen, die auf bereits in dem Unternehmen angewandten Organisationsmethoden beruhen, Änderungen in der Managementstrategie, Fusionen und Übernahmen, die Einstellung der Anwendung eines Arbeitsablaufs, einfache Ersatz- oder Erweiterungsinvestitionen, Änderungen, die sich allein aus Veränderungen bei den Faktorpreisen ergeben, neue Kundenausrichtung, Lokalisierung, regelmäßige, saisonale oder sonstige zyklische Veränderungen sowie der Handel mit neuen oder erheblich verbesserten Produkten.
14. **„Prozessinnovation“**: Die Anwendung einer neuen oder wesentlich verbesserten Methode für die Produktion oder die Erbringung von Leistungen (einschließlich wesentlicher Änderungen bei den Techniken, den Ausrüstungen oder der Software); nicht als Prozessinnovation angesehen werden geringfügige Änderungen oder Verbesserungen, der Ausbau der Produktions- oder Dienstleistungskapazitäten durch zusätzliche Herstellungs- oder Logistiksysteme, die den bereits verwendeten sehr ähnlich sind, die Einstellung eines Arbeitsablaufs, einfache Ersatz- oder Erweiterungsinvestitionen, Änderungen, die sich allein aus Veränderungen bei den Faktorpreisen ergeben, neue Kundenausrichtung, Lokalisierung, regelmäßige, saisonale und sonstige zyklische Veränderungen sowie der Handel mit neuen oder erheblich verbesserten Produkten.

15. **„Ausbildungsbeihilfen“**: Ausbildungsmaßnahmen wirken sich im Allgemeinen zum Vorteil der gesamten Gesellschaft aus, da sie das Reservoir an qualifizierten Arbeitskräften, aus dem andere Unternehmen schöpfen können, vergrößern, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft stärken und auch ein wichtiges Element der Beschäftigungsstrategie der Union sind.

10.2 Weitere Begriffsbestimmungen

1. **„Beihilfeintensität“**:

Die Beihilfeintensität ist der Prozentsatz der Beihilfe bezogen auf die Basis der Beihilfefähigen Kosten.

2. **„Beginn der Arbeiten“**:

Entweder der Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstung oder einer anderen Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht, wobei der früheste dieser Zeitpunkte maßgebend ist; der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn der Arbeiten. Bei einer Übernahme ist der „Beginn der Arbeiten“ der Zeitpunkt des Erwerbs der unmittelbar mit der erworbenen Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerte.

3. **„Ende der Arbeiten (=Abschluss des Vorhabens)“**:

Mit der Abgabe des Endberichtes (letzter Bericht) an die FFG ist der Zeitpunkt „Ende der Arbeiten“ erreicht.

4. **„Technologietransfer“**:

Aktivitäten und Initiativen zum Austausch von Wissen und Know-how, um wirtschaftlich relevantes Wissen Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung auch tatsächlich nutzbar zu machen.

5. **„KMU – kleine und mittlere Unternehmen“**:

Sind Unternehmen im Sinne der jeweils geltenden KMU-Definition gemäß EU-Wettbewerbsrecht. (Definition der kleinen und mittleren Unternehmen gemäß Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003, (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S 36). So gelten als KMU jene Unternehmen mit maximal 250 Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, einem Jahresumsatz unter 50 Mio. Euro oder einer Bilanzsumme unter 43 Mio. Euro (zur Kalkulation der Firmendaten müssen Beziehungen/Verflechtungen mit anderen Unternehmen berücksichtigt werden). Die Beteiligung durch ein Großunternehmen darf 25 % nicht überschreiten.

6. **„KU – kleine Unternehmen“**:

Sind Unternehmen, die weniger als 50 Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter beschäftigen und deren Umsatz oder Jahresbilanz 10 Mio. Euro nicht überschreitet.

7. **„Große Unternehmen“**:

Sind sämtliche Unternehmen, die nicht unter den Begriff der kleinen und mittleren Unternehmen fallen.